mit 2000 Mark ein und rechnet bei jeder über 3000 innerhalb der Stufe immer den Durchschnitt, dann ergibt sich folgende Wahrscheinlichkeitsberechnung:

Anzahl der Veranlagten	Einkommen in Mark	Gesamteinkommen
766 000	1000	766 000 000
1 188 000	2000	2 276 094 000
		3 042 094 000
38 359	15 000	575 385 000
5 349	37 500	191 795 000
1 606	75 000	120 450 000
436	150 000	69 450 000
		957 080 000

Also: 3 Milliarden Einkommen der Hungernden sollen 13 Millionen Mark Kopfsteuer aufbringen. 1 Milliarde Einkommen der Bankiers, Gewerkschaftsbonzen, Generaldirektoren, Stadträte, Aktionäre usw. nur 1 Million Mark. Das ist die Demokratie, berechnet von sozialdemokratischen Magistratsherren. Es erübrigt sich, zu bemerken, daß die hohen Einkommenzahlen mäßig steigen und die Bezieher der niedrigen immer mehr an Schwindsucht krepieren. Es lohnt sich, diese Republik zu verteidigen und hübsch „rote" Herren in den Magistrat zu wählen für diejenigen, die die anderen zur Urne treiben.

Das Hakenkreuz in der Republik

Oder die Republik im Hakenkreuz!

Herr Severing hat verfügt:

„Die Zeitschrift des „Verbandes der Schutzpolizeibeamten P. V." „Die Preußische Schutzpolizei" bringt in Nr. 19/20 vom 1. Oktober 1930 einen Leitartikel „Der Reichstag" von dem verantwortlichen Schriftleiter und Verbandsvorsitzenden R. Josapeit, der in seiner gehässigen und herabsetzenden Art weit das Maß dessen überschreitet, was den gewerkschaftlichen Vereinigungen der Beamtenschaft in der politischen Vertretung ihrer Forderungen zugebilligt werden kann. Verfasser, Ort der Veröffentlichung und die Art des Aufsatzes zwingen mich dazu, obwohl es sich nur um eine Organisation mit unbedeutender Mitgliederzahl handelt, die Betätigung für den „Verband der Schutzpolizeibeamten Preußens" während des Dienstes und in den Unterkünften ebenso wie die Verbreitung der Zeitschrift „Die preußische Schutzpolizei" in den Unterkünften zu untersagen. Ein amtlicher Verkehr mit dem Verbande ist ebenfalls ausgeschlossen."

Ob diese Verfügung ihres Obergenossen den sozialdemokratischen Arbeitern wohl zu denken geben wird? Der „Verband der Schutzpolizisten E. V." ist ein Hakenkreuzverband, der sich ganz offen zu Hitler bekennt, wie sein Blatt, „Die Preußische Schutzpolizei" durch jede Nummer beweist. Die Sprache der Zeitung unterscheidet sich um kein Jota von den anderen Hakenkreuzlerblättern. Schrieb es doch unlängst, „daß es uns sei mit dem politischen Wanzentum, das in der Sozialdemokratie und auch in gewissen Kreisen nationaler Färbung seine Brut und Pflegestätte habe" und daß es „wohl hoffentlich bald mit der marxistischen preußischen Regierung, mit dem Schieben und Raffen und dem Ausplündern des Volkes zu Ende gehe!"

Bekanntlich besteht schon seit langem ein Verbot (erlassen durch den sozialdemokratischen preußischen Innenminister) daß Beamte nicht Mitglieder einer Hakenkreuzorganisation (und auch nicht Kommunist) sein dürfen und daß jede Betätigung für eine solche Organisation im Dienste untersagt ist. Unter den reichlich 120 Abgeordneten der verschiedenen Hakenkreuzparteien im neugewählten Reichstage sind mindestens die Hälfte Beamte, teils sogar höhere. Oberlehrer, Richter, Postbeamte usw. Daraus geht wohl hervor, daß die Behörden beide Augen zugedrückt haben, wo es sich um Hakenkreuzler handelte. Geradezu grotesk aber wirkt das Severing'sche Verbot des Schupoverbandes. Hier haben sozialdemokratische Polizeipräsidenten und sonstige höhere in der Sozialdemokratie organisierten Polizeioffiziere bis jetzt „amtlichen Verkehr mit dem Verbande" gepflogen!!

Das neue Severingsche Verbot zeigt jedenfalls deutlich, was das frühere Verbot für einen Wert hatte. Einen anderen Wert wird auch dieses nicht haben. Die Sozialdemokratie zeigt immer von neuem, daß sie nicht ernst genommen werden will — wenigstens, wo es sich um Hakenkreuzler handelt. Wo es sich um Kommunisten handelt, wird man die Verfügungen freilich blutig ernst nehmen. Das ist ja wohl auch ihr eigentlicher Zweck.

Es liegt uns fern, einem Verbot, einer eeistigen Strömung das Wort zu reden, die in der Struktur der Wirtschaft ihre Ursache hat. Den aber noch parlamentsbeeinflussten Arbeitern müssen diese Vorgänge zeigen, daß keine Regierung und möge sie noch so sozialdemokratisch und arbeiterfreundlich sein, dem Kapital seine Stützen einfach „verbieten" kann, solange das Kapital die Macht hat. Und schließlich hängt es nur vom Kapitalismus ab, ob die Republik das Hakenkreuz oder das Hakenkreuz die Republik verbieten wird. Dem Proletariat kann das alles gleich sein; solange es sich unterdrücken lassen will, bekommt es Schläge von beiden. Erst wenn es den Arbeitern bewußt wird, daß sie die Macht haben, wenn sie sie haben wollen, erst dann bekommen diese Dinge für sie einen Sinn. Dann sind freilich sie derjenige, der verbieten kann. Sie müssen dann die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften verbieten. Hakenkreuz, Kapital, Republik stürzen dann von selbst.

Die Einheitsfront marschiert

Zwischen Hakenkreuz und Sowjetstern.

Das Organ der Berliner oppositionellen Nazis, der sogenannten „revolutionären" Nationalsozialisten", der „Nationale Sozialist", veröffentlicht in seiner Nummer vom 22. Oktober unter der Ueberschrift „Solidaritätserklärung" folgende Notiz:

„An die revolutionäre Gewerkschaftsopposition,
Karl-Liebknecht-Haus,
Berlin C 25,
Dirksenstr. 37.

Volkszenossen!

Die heutige Versammlung der revolutionären Nationalsozialisten, Berlin, erklärt einstimmig ihre Solidarität mit den streikenden Metallarbeitern. Sie ruft ihnen zu: „Bleibt fest!" Als Ergebnis einer Sammlung überweisen wir der RGO. 20,50 Mk. als Beitrag zur Durchführung des Streiks. Es ist gering, aber bedeutet, daß der größte Teil unserer Mitglieder arbeitslos ist.

Reichsorganisationsleiter Kübler.
Bezirksausschußleiter Dr. O. Strasser."

Das ist nicht die erste Solidaritätserklärung gegenüber der KPD., sondern vor kurzem wurde erst ein Nachruf dem verstorbenen KPD.-Redakteur Thomas gewidmet. Das Charakteristische ist, daß die KPD. nicht auf diese Solidaritätserklärung geantwortet hat. Für das klassenbewußte Proletariat kann es darüber auch gar keine moralische Entrüstung geben, denn auf Grund ihrer nationalbolschewistischen Ideologie gehören sie beide zusammen.

Für die Arbeiter der KPD. muß diese Tatsache ein Menetekel sein.

„Fortschritt" nach rechts

Wir vernehmen aus dem „Vorwärts" vom 27. Juli 1930, am Tage nach der Verkündung der Notverordnungen durch den berüchtigten Artikel 48 folgendes: „Eine gute Wirkung wird die Notverordnung der Reigerung haben. Niemals ist durch ein einziges Dokument die Aenderung des Kurses so deutlich gemacht worden, wie in dieser Notverordnung. Wer bisher noch nicht eingesehen hat, daß durch die Mitwirkung der Sozialdemokratie an der Regierung die Interessen des werktätigen Volkes geschützt wurden, der bekommt jetzt einen Begriff davon, wie Bürgerblockpolitik aussieht. Völlig unter sich, nicht gehindert durch den Einfluß der Sozialdemokratie, nicht gehemmt durch die Kritik der Oeffentlichkeit und den Willen des Parlaments, nur gestützt auf den Artikel 48 der Reichsverfassung sind alle Anschläge auf die Interessen des werktätigen Volkes „verordnet" worden." Und das nannte der „Vorwärts" „Fortschritt" nach rechts. Soviel Worte, soviel Demagogie, denn am 18. Oktober wurde dieser „Fortschritt nach rechts" zur Grundlage der Sozialdemokratie, der er eigentlich bei ihr seit 1914 immer war, indem sie die Anschläge auf das arbeitende Volk durch die Notverordnungen, durch Tolerierung der Brüning-Regierung annahm. Ob in der Koalition oder in der „Opposition" — dem Proleten muß das Genick umgedreht werden. Ihre Stellung damals im Wahlkampf war nur der Speck, um genügend Wahlschale in die Falle zu bekommen. Das Kapital begrüßte auch diesen „Fortschritt" nach rechts durch die SPD. und bezeichnete ihn „höchster Anerkennung würdig".

2000 Schuß in der Minute

Eine Leistung des Pazifismus.

Ein Däne hat ein Maschinengewehr konstruiert, das 200 Schuß in der Sekunde abfeuern kann — also 2000 in der Minute, 120 000 stündlich. Der in seiner Mechanik einfach konstruierte Mordapparat, der von einem Mann bedient werden kann, hat 100 Läufe, deren jeder in der Sekunde 2 Schuß leistet. Die Munition wird, wie auch schon bei den letzigen Maschinengewehren, am Bande zugeführt. Da diese Mordschleuder ungeheure Mengen Munition braucht, ist die Munitionstransporteinrichtung so konstruiert, daß die Magazine bis zu 100 Meter vom MG. entfernt sein können.

Aus der Wirtschaft

Ein Jahr Wirtschaftskrise in USA.

Die Börsianer haben immer noch die feinste Nase für die Vorgänge in der Wirtschaft. Der Börsenkurs der Industrie-Effekten, d. h. jener Papiere, die keine feste Verzinsung haben, sondern deren Rendite sich nach der Dividende richtet, sind denn auch nicht nur ein guter Maßstab für die augenblickliche Wirtschaftslage, sondern auch Anzeichen dafür, wie sich die Wirtschaftslage der nächsten Zukunft gestalten wird. Die Kapitalisten sind nochmehr die Banken, die mit fremden Geldern arbeiten, müssen die Beschäftigungs- und Profitmöglichkeiten eines Industriewerkes nach allen Richtungen gut untersuchen, bevor sie ihre oder anderer Leute Millionen in dessen Papieren anlegen. Es steht nicht nur das Vermögen auf dem Spiel, sondern auch der Name, der Ruf, das ganze Geschäft und so auch die Freiheit. Die bürgerlichen Gerichte haben Verständnis dafür, wenn im Jobber über Leichen geht, um Vermögen für sich und seine Auftrag- und Geldgeber zu machen; sie stecken ihn aber rücksichtslos ins Zuchthaus, wenn er Kapitalisten um ihr Geld bringt.

Die amerikanischen Börsenkurse sind Symptome dafür, daß die Weltwirtschaftskrise erst am Anfang ist. Die folgende Tabelle zeigt uns Kursverluste, die erkennen lassen, daß das amerikanische Kapital keine große Zuversicht für die nächste Zukunft hat.

Aktienkurse an der New Yorker Stock Exchange

	Kurs v. Aug. 1929	Kurs v. 9. Okt. 1930
Anac. Copper Mücing	140	35
Chrysler Motors	135	18
Wright (Flugzeuge)	79	28
General Electric	403	55
General Motors	91	36
Good. Tire (Gummi)	154	40
Int. Teleph. Telegraph	149	25
Radio Corporation	114	22
USA. Steel Corp.	261	146

Wir haben aus dem Kurszettel amerikanischer Zeitungen nur ein paar Kurse von Aktien solcher Industrien zegenübergestellt, die von der Krise am wenigsten berührt sind wie Elektrizität, Radio, Flugzeuge, Gummi, Autos, Stahl. Diese Industrien sind aber die Grundlage der USA.-Wirtschaft. Seit dem 9. Oktober, über welche Zeit wir keine zusammenhängende Uebersicht haben, purzeln die Kurse noch schneller und rapider zusammen. Die Standard Statistics Co. hat den Kursindex von 404 führenden Aktien für die Zeit vom 10. September bis 8. Oktober d. Js. berechnet und für diese 4 Wochen einen Kursverlust im Durchschnitt von 15,6 auf 130,1 festgestellt. Die Schwankungen betrugen früher höchstens einige Prozent in längeren Zeiträumen aufwärts oder abwärts, wenn nicht irgend ein Werk ausnahmsweise gerade einmal außerordentlich vom Glück oder vom Unglück betroffen war. Wohl sind infolge Ueberspekulation Gelegenheit, auch früher hier und da einmal Kursverluste von ein Dutzend und mehr Punkten in kurzer Zeit oder auf einmal erfolgt. Diese wurden dann aber ganz oder zum Teil nach und nach wieder eingeholt oder der Wert der Aktie, falls er aus irgend einem Grunde falsch zustandegekommen war, auf dem betreffenden Niveau stabilisiert. Ein derartig anhaltendes Sinken 15 Monate hindurch deutet auf eine außerordentlich schwere Erschütterung des gesamten Wirtschaftsapparats hin.

Dieser katastrophale Kurszusammenbruch beleuchtet nicht einmal die ganze Schwere der amerikanischen Wirtschaftskrise. Der Niedergang der Kurse wird durch ganz zwangsläufige ökonomische Gesetze noch gemildert, so daß sie die wahre Lage der Wirtschaft noch verschleiern. Das Kapital, das in Industrie und Handel beschäftigungslos wird, wendet sich dem Aktienmarkt, d. h. der Börse zu. Es läßt Papiere kaufen und benimmt somit den Kursrückgang. Betrug doch nach den Berechnungen der Standard Statistics Co. am 8. Oktober immerhin noch die Verzinsung der Dividendenpapiere 5,32 Proz. für das zurückliegende Jahr, während die Sparkassen nur 4—4½ Prozent zahlten und Hypotheken 5¾ Prozent brachten. Sparkassen, Banken und Hypothekenbanken sind aber derart mit Geldern überlastet, daß sie sich gegen weitere Einlagen sträuben.

Ein weiteres Moment, welches das Spiegelbild der Krise verschleiert sind die „Interventionen" der Banken. Die Banken, die in ihren Tresoren riesige Aktienpakete zu liegen haben und bei jedem Prozent Kursrückgang Millionen verlieren, verwenden Riesensummen daran, um die an die Börse zum Verkauf kommenden Aktien aufkaufen zu lassen, um die Kurse zu stützen. Diese Interventionen sind zugleich Betrugsmanöver am Publikum bzw. an den Maklern, welche für das Publikum kaufen. Es soll den Anschein erwecken, wenn diese oder jene Großbank dieses oder jenes Papier kauft, daß dieses eben erworben worden ist, um auch andere zum Ankauf zu reizen. Die Interventionen erfolgen stets durch andere Banken, wenn es bekannt ist, daß die betreffende Bank (die aufkaufen läßt) mit dem betreffenden Industriewerk Verbindung hat.

Die Banken sind Spekulanten, die die Aktien zum Verkauf bringen und dadurch die Kurse senken, wobei sie selbst Unsummen einbüßen, sehen also voraus, daß der Ertrag dieser Papiere künftig gering sein wird, d. h. daß es den Werken an Beschäftigung mangeln wird. Die Leidtragenden sind immer die Arbeiter, auch die europäischen, hier in erster Linie die deutschen. Die in Amerika beschäftigungslos werdenden Riesenkapitale werden ihre Fabriken mit der schwindelhaft hohen Technik natürlich nicht einrosten lassen. Ein verschärfter Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt wird einsetzen. Das europäische Kapital wird zu weiterer Lohnsenkung und zu verschärfter Ausbeutung schreiten, um konkurrenzfähig zu bleiben. Am deutschen Proletariat liegt es, sich vorzubereiten, um den Kapitalismus zu stürzen und für sich selbst in kommunistischer Gemeinschaft zu arbeiten.

Die Krise am internation. Kupfermarkt

Die Mansfelder Kumpels vor verschärfter Ausbeutung.

Die Marktverhältnisse für die Erzeugnisse im Bergbau für Metallerze, verschlechtern sich unaufhaltsam von Monat zu Monat. Alle Versuchen der internationalen Kupferkartelle, durch Herabsetzung der Großhandelspreise den Absatz zu steigern, scheitern an der Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes. Die internationale Preisentwicklung nach den Notierungen der London-oder Börse für die Monate August und September 1930, im Vergleich zum Jahresdurchschnitt von 1913 und 1929, zeigt die folgende Aufstellung:

	(In Pfd. Sterling pro Tonne) Zink	Blei	Kupfer	Silber (pro Unze)
1913	22,14	18,6	68,6	27,58
1929	24,18	23,4	73,10	24,46
1930 (Aug.)	16,4	18,5	27,12	16,28
1930 (Sept.)	15,8	17,17	46,5	16,7

Trotz der Preissenkungspolitik der internationalen Kartelle, dauernides Sinken der Absatzmöglichkeit auf dem Weltmarkt. Andererseits immer größere Anhäufung von Vorräten bei den amerikanischen Konzernen. Auch der Mansfelder Streik, während dessen Dauer das Kilo Kupfer mit 11,3 Cent gehandelt und seitdem weiter auf 10,0 Cent gesunken ist, vermochte den Markt nicht zu beleben. Schon wird durch den verschärften Krisenzustand die amerikanische Erzeugerindustrie veranlaßt, eine weitere Kupferpeissenkung auf 8 Cent für das Kilo in Aussicht zu stellen. Doch können auch derartige Maßnahmen die Weltwirtschaftskrise nicht beim Schopfe fassen. Die neue von Amerika angekündigte Preissenkung erscheint erklärlich, wenn man bedenkt, daß die Abbauverhältnisse der amerikanischen Kupferproduzenten im allgemeinen günstiger liegen als in Deutschland. Den Gestehungskosten der deutschen Kupferproduktion, die wesentlich höher als 14 Cent liegen, stehen die der amerikanischen Kupferkonzerne wie folgt gegenüber:

	(In Cent per kg.)
Calumet & Hekla	7,98
Utak Geopets	6,20
Chile Coppers	5,42
Cero de Pasco	2,40

Bei dieser Entwicklung der Marktverhältnisse wird die Mansfeld A.-G. mit verschärften Angriffen auf die Löhne der Mansfelder Bergarbeiter antworten. Bisher erhielt die Mansfeld-A.-G. Staatssubventionen. Die Brüning-Regierung, die ihrem Notprogramm die Streichung der Subventionen festgelegt hat, wird die Mansfeld-A.-G. zwingen, wobei sie selbst Unrationalisieren, und auch zum direkten Angriff auf die elenden Hungerlöhne der Mansfelder Kumpels vorzugehen. Gerüstet der Unternehmerangriffen, werden die Arbeiter der Mansfeld-A.-G. erst dann sein, wenn sie sich zusammenschließen als Klasse in den Betriebsorganisationen nach dem Prinzip der Allgemeinen Arbeiter-Union.

Eingänge für den Pressefonds

Im Monat Oktober:

A. Meerheim-Weißenfels 2,— Mk., W. Erbe-Berlin 1,— Mk., Gen. Tro 4,— Mk., Ungenannt 2,— Mk., G. H. A. 66,60 Mk., Gen. Bradtke 1,— Mk., O. F. Wriezen 1,— Mk., 17. Bezirk 2,— Mk., Nachrodt auf Liste 267 6,— Mk., Tro 2,— Mk.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: W. Tietz, Berlin. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Isaacsohn, Berlin O 17.

Die englische „Arbeiterregierung" hat in aller Stille das Patent angekauft!

Die Inder, Chinesen und sonstige „Wilde" des englischen Imperiums werden es sich also in absehbarer Zeit doppelt überlegen, ob sie sich noch gegen die Knute der englischen Pfeffersäcke auflehnen wollen. Nicht lange mehr und die Macdonald und sonstigen Freunde des Pazifismus und der Arbeiter haben sich dem englischen Kapital unentbehrlich gemacht. So etwa hundert Stück für jede „Kolonie" hält Dutzende Millionen von Sklaven in Schach und die Ausbeutung ist für lange Zeiten gesichert.

Die europäischen Proletarier werden sich sicher freuen, ein neues Stück Arbeit zu bekommen, bei dem die Gewerkschaften den Tarif abschließen. Nicht lange mehr, und die Bourgeoisie hat, buchstäblich, die Waffen alleine, und persönlich den Krieg gegen das Proletariat zu führen, wolern sie dies einer. MG.-Schützen-Gewerkschaft im ADGB. nach Art der Polizisten und Zuchthausbüttel vorzieht.

„Die Gewerkschaften sind gezwungen, ihre mit den Unternehmern abgeschlossenen Tarifverträge unter allen Umständen einzuhalten. Wollen sie sich nicht Schadenersatzklagen aussetzen, ganz abgesehen von dem Vorwurf des Tarifbruchs, dann müssen sie gegen ihre eigenen Mitglieder vorgehen, die in einzelnen Betrieben besondere Forderungen stellen und sie durchzusetzen suchen."

(„Vorwärts" vom 29. Juli 1930.)

Arbeiter! Klassengenossen! Dieser gewerkschaftliche Tariffaschismus erdrosselt jede Eigeninitiative des Proletariats, kettet euch an das Kapital. Wie lange noch soll euch der gewerkschaftliche Tariffaschismus an das Kapital und seine Schlichtungsdiktatur ausliefern können? Wollt ihr diesen Strick um euren Hals zerreißen, dann müßt ihr die Gewerkschaften verlassen! Heraus aus den Gewerkschaften! Werdet Mitglieder der Allgemeinen Arbeiter-Union, das ist heute eure Klassenkampforganisation.

11. Jahrg. Nr. 46 Preis 15 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Oberbaum F 8 7832.

Berlin, 15. November 1930

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7. Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,50 Mark incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Weißer Käse

Brünings Heilmittel

Prophet Weißenberg ist ein Kurpfuscher von Gottes Gnaden, der aus der Bibel seine Kraft holt. Auf Grund dieses eifrigen Bibelstudiums ist er zu der unumstürzlichen Ueberzeugung gelangt, daß die einzige Behandlungsmethode zur Heilung kranker Augen das Auflegen von gut durchsalzenem weißen Käse ist. Dieser talentierte gläubensstarke Mann hat mit seinen Heilmethoden ein Menschenleben vernichtet und ein Kind seines Augenlichtes beraubt.

An dem Beispiel des Propheten Weißenberg hat sich scheinbar der fromme Kanzler Brüning gestärkt, als er auf 30 Gesetzestafeln dem deutschen Volk eine Kur gegen die Weltwirtschaftskrise [illegible]

Aus dem weiteren Inhalt:

Die Wirtschaftskrise in den Ländern Lateinamerikas.
Verkäufer-Industrie als Weltwirtschaftsmacht.
Der Mann, der die Ohrfeigen bekam.
Preissenkungskomödie.

verschrieb. Seine Heilmethode ist auch nichts weiter als gesalzener weißer Käse. Der Unterschied besteht nur darin, daß die Kurpfuschermethoden nicht so offensichtlich in ihren Auswirkungen sind und der kapitalistische Staat selbst der Nutznießer dieser Methoden ist, so daß sie nicht als Kurpfuscherei, sondern als wirkliche Heilwege von der bürgerlichen Wissenschaft und der bürgerlichen Presse angepriesen werden. Die Folge ist ja lediglich der langsame Hungertod. Die Selbstmordepidemie, die höchstens die Chronik der Zeitungen in Sensationsfällen auslöst. Es fällt auch gar nicht auf, wenn ein paar tausend Proleten so stillschweigend abgehen. Die Friedhöfe sind ja in großzügiger Weise auf Zuwachs ausgebaut, so daß es nichts ausmacht, wenn sie ein Jahrzehnt früher schon „belegt" sind. Diese Belegschaft kostet dem Kapital nichts, nicht einmal braucht deshalb die Krisenfürsorge „bereinigt" zu werden. Der Proletariat ist nicht nur ein freier Arbeiter für das Kapital, sondern auch ein freier Toter. Deshalb übt man jetzt auch der „Vorwärts" nicht aus, sondern gelt in den Freitod. Selbst nicht Selbstmord mehr aus, sondern gelt in den Freitod. Selbst der „Vorwärts" weiß es zu melden, daß die Sinflut der Verzweiflung steigt. Im Oktober beträgt die Zunahme an Arbeitslosen eine Viertel Million. Diese Dreieinviertel Million Arbeitslose bedeuten mit ihren Familien mehr als 10 Millionen Menschen, ein Sechstel der deutschen Bevölkerung, die durch das kapitalistische System dem langsamen Hungertod preisgegeben sind.

Was empfiehlt die Regierung Brüning als Mittel gegen diesen Hungertod? Sparen, sparen, sparen! An wem soll gespart werden? An den Produktionsunkosten. An welchen Produktionsunkosten? An dem zu hohen Lohn der Arbeiter. Lohnabbau ist das Heilmittel, durch das die Wirtschaft angekurbelt werden soll. Auf den Lohnabbau soll die Preissenkung folgen. Es ist bloß merkwürdig, daß der Lohnabbau sich ohne Mißverständnisse vollzieht, während die Regierung Brüning aus lauter Mißverständnissen nicht zum Abbau der Preise kommt. Das Brot sollte um 4 Pfennig herabgehen. Die Brotfabrikanten dementieren diese die Arbeiterschaft rettende Maßnahme. Sie können nur 2 Pfennig bewilligen. Die Schlächter geben großzügig 5 Pfennig auf das Pfund Schweinefleisch. Das liegt daran, daß der Schweinepreis erheblich gesunken ist. Daß die ehrenwerten Schlächtermeister diese 5 Pfennig durch geschicktes Wiegen wieder hereinbringen, ist selbstverständlich. Außerdem ist noch die Frage, welcher Arbeiter sich überhaupt noch Schweinefleisch leisten kann. Wenn auf einen Arbeiterhaushalt zwei Pfund in der Woche kommen, so sind 10 Pfennig gespart. Die Wurst und das übrige Fleisch bleibt auf derselben Höhe. Also Deutsche, ißt nur Schweinefleisch, möglichst Fett, vonwegen der Kalorien.

Das volle Heil wird dem deutschen Volk erst beschert sein, wenn daß Kabinett Brüning in schwerer Tag- und Nachtarbeit „es besteht kein Nachtverbot für das Backen von Gesetzen", die dreißig Gesetze zur Reorganisation der deutschen Wirtschaft durchgebracht hat. 14 Tage Frist sind dem Reichstag für die Durchberatung gegeben. Im wesentlichen wird es beherrscht von der vom deutschen Kapital einzuschlagenden Außenpolitik. Die Ziele dieser Außenpolitik sind unter dem Ausschluß der Oeffentlichkeit erörtert worden. Jedenfals steht das eine fest, daß trotzdem dieses Programm weitgehende Streichungen im Haushaltsplan für 1931 mit sich bringt, der Wehretat eine Erhöhung der Ausgaben für Marinenaubauten enthält. Als Gesamtjahresbetrag für Schiffsneubauten wird für die 6 Jahre, die der Plan umfaßt, die Durchschnittssumme von 50 Millionen Mark angegeben. Bei dieser Gelegenheit erfährt man, daß ein Panzerschiff 75 Millionen Mark kostet. Die Abstriche im Wehretat von 15 Millionen Mark bleiben noch unter den Ersparnissen für die Gehaltskürzung. Bei diesem Programm höchster deutscher Not werden im Jahre 1931 50 Millionen für die Flotte eingesetzt. Wenn Brüning die Mitglieder des Reichsrats ermahnt, „bei ihren Beratungen eingedenk zu sein, daß alle unsere Maßnahmen vom Standpunkt der Außenpolitik betrachtet werden müssen, so heißt dies weiter, daß das ganze Programm der Sparmaßnahmen dazu dient, dem deutschen Kapital vollkommene Bewegungsfreiheit für seine imperialistischen Pläne zu verschaffen. Das 5-Jahresprogramm der deutschen Regierung ist nur unter dem Gesichtspunkt der Aufrüstung für den kommenden Krieg zu verstehen.

Die von den nationalen Parteien verlangte Revision des Youngplans soll erzwungen werden. Es ist vor allen Dingen er-

Ein Schiedsspruch wird gefällt!

Es ist eigentlich unverständlich, daß sich die Proleten so über den Schiedsspruch aufregen, der ihnen von dem Schlichter der Brüning-Regierung aufgebrummt wurde. Wohlverstanden: Aufregung über eine Gemeinheit ist am Platze, wenn jemand ein Vertrauen, das ihm anderer entgegenbrachte, skrupellos mißbraucht. Wenn man sich jedoch Gaunern ausliefert, kann man nichts anderes erwarten. Man könnte noch einwenden, daß ja die Gewerkschaften und die SPD. doch „auch" noch Arbeiterorganisationen seien, und daß man nicht annehmen konnte, daß sie so niederträchtig sein würden. Das stimmt nicht. Sie haben keinen Zweifel darüber gelassen, wer sie sind und was sie wollen.

Die Leute haben doch schon eine Vergangenheit hinter sich. Und daß eine alte Hure durch Zellenoperation wieder zu einer Jungfer wird, konnte die KPD. nur Arbeitern vorreden, die schon hart an die politische Ateprie[illegible]rnenverkalkung heran sind. Ihre Kriegs- und Revolutionspolitik zeugt davon, daß sie den „Sozialismus", den sie „im Auge" haben, gesichert sehen, wenn sie von ihren „Feinden" gut bezahlt werden. Sie geben sich auch gar keine Mühe, das zu verschleiern. Sie haben sogar ein fanatisches Vergnügen daran, damit zu glänzen, wie sie es verstehen, die Kanaille Proletariat zu zwiebeln. Und es freuen sich teuflisch, daß die Proleten sich trotzalledem noch von ihnen belügen, ins Gesicht spucken, auslachen und beschimpfen lassen, ohne ihnen die „Treue" zu brechen. Das ist denn doch schon bald zum Kotzen, hier immer noch von „Verrat" zu schreien. Zuletzt hat uns Hindenburg oder Brüning, oder irgend ein beliebiger monarchistischer Trottel auch noch verraten. Lachhaft, so was!

Man muß sich nur einen Augenblick das Theater vorstellen, das da um den letzten Schiedsspruch herum gemacht wurde. Die SPD. zog in die „Wahlschlacht" und nahm dabei das Maul so voll, daß es wirklich komisch anzusehen war. Gegen den „Hungerkanzler", Eisenbahnzüge voll Zeitungen wurden volgeschrieben gegen das „reaktionäre Regime". Gegen den „Verfassungsbruch" usw. Und als es so weit war, daß . . . sagte die SPD.: „Mißtrauensvotum ist Quatsch". Die korrumpierten Staatskostgänger, die die Politik in der SPD. bestimmen, sind sich darüber klar, daß entweder Brüning „führt", oder eben sie „führen". Das heißt, sie führen die Politik des Kapitals durch. Da ist es besser, man stürzt die Regierung nicht, sonst muß man das, was man ihr vorwarf, selbst tun. Etwas anderes können die SPD. und die Gewerkschaften nicht tun. Oder gibt es in Deutschland noch einen Proleten, der da glaubt, die Braun und Severing und Konsorten steigen auf die Barrikaden gegen den Kapitalismus? Es ist anzunehmen, daß es so etwas auch noch gibt. Es gibt eben viele Nuancen, bis der Irrsinn komplett ist.

Und dabei haben die Severing und Grzesinski doch wirklich keinen Zweifel gelassen, was sie als ihre „Pflicht" erachten. Noch ehe der Schiedsspruch verkündet wurde, haben sie sich auf Anruf der „Hungerregierung" zur Stelle gemeldet. Der Severing hat laut und deutlich erklärt, daß in dem kommenden Hungerwinter „Gummiknüppel und härtere Waffen" eine große Rolle spielen werden. So löst die SPD. und die Gewerkschaften die „Arbeitslosenfrage". Proleten, die solchen Organisationen noch angehören, kann man wirklich nicht bedauern, wenn ihnen der Gummiknüppel, den der eiserne „Genossse" kommandiert, auf dem Nischel tanzt, oder wenn ihnen eine Kugel durch die leeren Gedärme fährt.

Das Vertrauensvotum der Brüning-Regierung schließt nicht nur die zynische Bereitschaft, in die verhungernden Massen hineinfeuern zu lassen, daß die Fetzen fliegen, wenn sie sich gegen das Hungerregime auflehnen, ein. Es schließt auch ein, das „Finanzprogramm" durchzuführen. Dazu gehört der Lohnabbau auf der ganzen Linie. Die Gewerkschaften haben Erfahrungen darin, wie das gemacht wird.

Vor allen Dingen müssen sie so tun, als ob sie etwas wollten! Sonst wäre die Gefahr akut geworden, daß sich im ganzen Proletariat die Front formiert und darauf aus sich die Entscheidung zugespitzt hätte. Um das zu verhindern, wurde eine Metallarbeiter„frage" daraus gemacht. Und die KPD. stülpte sich ihre rote Clownmütze auf, und brüllte mit, daß die Metallarbeiter und so . . . irgendwo geisterte das nie greifbare Gespenst einer R.G.O. herum und verwirrte die Köpfe noch mehr. Nun werdens die Metallarbeiter bestimmt schaffen!

Die Gewerkschaftsbonzen rieben sich die schmierigen Hände. Sie wußten, ist die Frage des Generalangriffs der Bourgeoisie auf das Proletariat erst zu einer Metallarbeiterangelegenheit reduziert, ist das Spiel schon halb gewonnen. Aus ihren Phrasen: „Keinen Pfennig Lohnabbau" ertönte die hehre Frage, die Metallarbeiter erst auszutragen, dann ein verwirrendes Abstimmungsmanöver zu inszenieren, um zuletzt dann die Angstspsychose um den Arbeitsplatz auszunützen, den Schiedsspruch abzuschließen. Bis er verbindlich erklärt wird, vergehen dann noch einige Tage oder Wochen. Und dann laßt die Kanaille toben! Sollten einige Widerspenstige aus der Reihe tanzen, um Arbeitslose austauschen. Es sorgt man zu gleicher Zeit für die Ausrottung mißliebiger Elemente, die die Demokratie bedrohen.

Dieser Plan ist gelungen. Daß er so geglückt ist, daran trägt die KPD. ein gerüttelt Maß an Schuld. Ihre Kopflosigkeit ging sogar soweit, nach der völligen Niederlage noch zu plärren: „Es wird weiter gestreikt!", um anderen Tags dann kopflos und blamabel den Rückzug anzutreten.

Auch das wäre noch zu verzeihen, wenn diese Partei die innere Kraft hätte, die Lehren zu ziehen, daß die Klassengegensätze sich so zugespitzt haben, daß die proletarische Front zum Entscheidungskampf aufgerichtet werden muß. Statt dessen versucht sie ein organisatorisches Vabanquespiel lächerlichster Art. Den „roten Metall-Vabanquespiel lächerlichster Art. Den „roten Metallarbeiterverband". Sie reduziert die Frage des Kampfes der Arbeiterschaft zu einem solchen von einer neuen Metallarbeitergewerkschaft, neben den unzähligen anderen Zunftgewerkschaften, und noch dazu zu einer „Berliner" Gewerkschaft. Natürlich mit allem Zubehör: Abschluß von „kurzfristigen Tarifen" usw. Zu dem Rohrleger[illegible]verband, zu dem „revolutionären Bauarbeiterverband" kommt also noch eine besondere Berliner Pflanze, rot aufgetakelt, — aber sie möchte nicht sagen was sie ist, von was sie lebt, was sie treibt. „R.G.O." und „Roter Metallarbeiterverband" schwimmen in einem Leitartikel zehnmal durcheinander. Das letzte Ziel ist doch wieder der Verschmelzungstermin mit der alten Mutter.

Sollte das Proletariat nicht endlich begreifen, daß es nur selbst, nur als Klasse diesem parlamentarisch-gewerkschaftlichen Kretinismus ein Ende bereiten kann? Daß dieser Kretinismus nur die Steigbügel sind, auf denen die Severing und Konsorten reiten können, weil dadurch die Tragödie des Proletariats doch nur zur Farce wird?

Sollen noch Hunderttausende Erschossener erst mit ihrem Blute besiegeln müssen, daß die Befreiung des Proletariats nur sein eigen Werk sein kann?

forderlich, daß die deutsche Wirtschaft auf immer stärkere Selbstgenügsamkeit umgestellt wird. Dazu dient sowohl das Agrarprogramm als auch das Wirtschaftsprogramm der Brüning-Regierung. „Die Aktionsfähigkeit der Außenpolitik und ihre Freiheit soll erweitert werden." Deshalb begeistert sich auch das Unternehmertum für dieses Programm. Selbst die Erfüllungspolitiker der Sozialdemokratie setzen sich mit einer intensiven Propaganda für die Revision des Youngplans ein. Sie wollen auch unbedingt mit von der Partie sein, wenn es um den Kampf für die deutsche Freiheit gilt. Der Ruhm der Rheinlandsbefreiung durch den Youngplan ist kaum verrauscht. Schon zelebriert es sie nach neuen patriotischen Taten. Sie meldeten ihre Forderung nach den Erlösen von Versailles, des Dawes- und Youngplans, für eine vierte Rettung der deutschen Bourgeoisie an. Es ist ihnen auch vollkommen klar, daß mit dem neuen Brüning-Programm neben den Unterdrückungsmaßnahmen des Proletariats gleichzeitig vollkommen bewußt imperialistische Ziele verfolgt werden. Trotzdem wird die ganze Pressekampagne lediglich unter innerpolitischen Gesichtspunkten von ihnen beschrieben. Die KPD. schweigt sich ebenfalls über diesen Zweck des Regierungsprogramms aus.

Die deutsche Wirtschaft will nach den Aeußerungen des Reichskanzlers durch ihren Plan den Anschluß an die veränderten weltwirtschaftlichen Verhältnisse erreichen. Es ist dies das Programm, das die Unternehmer in ihrer Tagung in Düsseldorf aufgestellt haben. Der Bankdirektor Dr. Kehl sieht den Hauptgrund für die heutige Entwicklung darin, daß die natürliche Lohn- und Preissenkung durch die „mit brutaler Energie" geführten Eingriffe des Staates in den natürlichen Ablauf von Preisen und Löhnen zurückzuführen sei. „Herr Dr. Poensgen, der Vertreter der Eisenindustrie, verlangt, daß der Wirtschaft die Freiheit in der Lohngestaltung wiedergegeben werden müsse. Die Arbeitszeitverkürzung leint er wegen der dadurch entstehenden Erhöhung der Selbstkosten ab. Er solidarisiert sich mit dem Regierungsprogramm. Seiner Ansicht nach bringt aber Brüning nicht den genügenden Mut und Kraft auf, den richtig erkannten Weg weiter zu gehen, weil auf im Berliner Metallarbeiterstreik versagt habe. Alle Redner sind sich darüber klar, daß zunächst die eigene Wirtschaft so schnell wie möglich und so gut wie möglich in Ordnung gebracht werden müsse, um dann mit Erfolg an die Lösung der Reparationsfrage herantreten zu können. Ordnung im Innern nach dem Sinn der Unternehmer ist der Sinn des Programms. Lohnsenkung bedeutet für sie Verhinderung der Arbeitslosigkeit. Die hohen Löhne hätten den Zwang zur Rationalisierung herbeigeführt. Durch niedrigere Löhne könnte erreicht werden, daß längst stillgelegte Betriebe wieder die Arbeit aufnehmen könnten. Um dies zu erreichen, müßte vor allen Dingen die Arbeitslosigkeitsversicherung abgebaut werden. Durch diese Aktion würde ein großer Teil der Arbeitsuchenden dem Arbeitsmarkt entzogen werden. Das Spiel von Angebot und Nachfrage wäre auf diese Weise künstlich unterbrochen. Sobald dies aufhöre, würde auch die Arbeitslosigkeit verschwinden. Etwas weniger radikale, mehr demokratisch eingestellte Unternehmer, sind der Ansicht, daß es nicht notwendig sei, die Arbeitslosenversicherung und die Tarifpolitik abzubauen. Es genüge, das Risiko der Arbeitslosigkeit allmählich restlos auf die Arbeiterschaft abzuwälzen. Wenn der Arbeiter merkt, daß durch eine Lohnerhöhung gleichzeitig eine Erhöhung der Arbeitslosenversicherung eintritt, würde ein erhöhter Lohn für die Arbeiterschaft nicht effektiv werden. Um dieses Resultat zu erzielen, hat ja bereits die Regierung Brüning Vorsorge getroffen, indem sie festgesetzt hat, daß die Belastung des Haushalts durch die Arbeitslosigkeit nicht gesteigert werden darf. Dies trifft sowohl auf das Reich als auch auf die Länder und Gemeinden zu. Stegerwald hat dies auch ganz klar erkannt. Er erklärte vor dem Reichsrat ganz trocken, daß die Regierung vor drei Möglichkeiten stehe. 1. Stabilisierung der seitherigen Löhne, 2. Freies Spiel der Kräfte, 3. Mäßigendes und regulierendes Eingreifen der Regierung. Er hält nur den letzten Weg für denkbar, weil die 3½ und bald 4 Millionen Arbeitslose bei einem freien Spiel der Kräfte zu einer Gefährdung der Ruhe und Ordnung führen könnten. Trotzdem also Stegerwald selbst mit 4 Millionen Arbeitslosen rechnet, setzt er in den Haushalt nur Summen für 1¾ Millionen Hauptunterstützungsempfänger, 900 000 Krisenunterstützte und 7—800 000 Wohlfahrtserwerbslosen, also um Unterstützung für 1 Million Erwerbslose zu wenig ein. Er geht dabei noch weiter, indem er gerade eine Einschränkung der Ausgaben für die arbeitsintensive Bauwirtschaft verlangt. Es seien im Jahre 1928 9 Milliarden Vorbau worden, während eine Vermehrung des Volksvermögens nur um 7 Milliarden eingetreten sei. Er beabsichtigt deshalb einen Druck auf die Finanzierungsinstitute der Bauten auszuüben, durch den sie gezwungen werden sollen, Kredite zu verringern.

Trotz der ungeheuren Liebesgaben für die Landwirtschaft durch riesenhafte Zölle wird auf dem Wege der Vereinfachung des Steuerwesens für 95 Prozent der Landwirtschaft Befreiung von der Vermögens- und Grundsteuer herbeigeführt. Die Landwirtschaft ist auf diese Weise trotz der Not des deutschen Volkes mit einer ungeheuren Steuersenkung beglückt worden.

Daß für die Beamten eine Gehaltskürzung um 6 Prozent ab 1. Januar 1930 vorgenommen wird, ist ja bekannt. Wunderbar sagt dazu Herr Brüning, daß die Reichsregierung überzeugt ist, daß die Beamtenschaft durch dieses Opfer sich am stärksten in das Volksganze einfügen wird". Er geht sogar so weit, zu erklären, daß die Regierung mit dieser Maßnahme dem Berufsbeamtentum einen Dienst erwiesen hat.

Am weitesten ausgeprägt ist in diesem Programm die Preissenkung. Es sind weitere Eingriffe zweckder den Kartellen noch sonst gegenüber den freien Preisen vorgesehen. Man will hier lediglich durch Unterstützung der Presse, also durch gutes Zureden Erfolge erzielen. Wie diese Erfolge aussehen, haben wir ja schon eingangs ausgeführt.

Das weiterschitternde Programm des Herrn Brüning ist also nichts als weißer Käse. Herr Brüning wird für diesen Betrug nicht wie Herr Weißenberg zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Er hat im Gegenteil die Aussicht, zum Deutschnationalheros, zum Bismarck der deutschen Republik erhoben zu werden. Seine Kunst besteht darin, daß er ohne Sozialistengesetz mit Hilfe der Sozialdemokratie, der gefährlichen Roten, ein schlimmeres Unterdrückungsregime, als es je das Sozialistengesetz gewesen ist, durchgeführt hat. Es ist also mit einem Wort: christliche Politik des allerchristlichsten deutschen Reichskanzlers. Das rev. Proletariat wird sich gegenüber diesem Anschlag zu wehren wissen.

Politische Rundschau

Der „Sieg" der Metallarbeiter

Acht Prozent Lohnabbau auf Stottern.

Die Arbeit wird zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen, eure vierzehn Tage Kampf waren nicht verzebens, ihr habt den „Sieg" errungen, alle Fragen des Schiedsspruchs vom 10. Oktober unterstehen einer endgültigen Entscheidung durch ein neues Schiedsgericht — mit diesen Schlagworten peitschte man die 130 000 in die Betriebe zurück.

Nun — das Schiedsgericht tagte. Und am 9. November wurde das Resultat den 130 000 verkündet.

Unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns gab es folgende endgültige Entscheidung:

1. Der zurzeit geltende Lohntarif bleibt bis 16. November 1930 in Kraft.
2. Die historischen Tarifmindestlöhne werden vom 17. November 1930 bis einschließlich 16. Januar 1931 in allen Gruppen um 2 Prozent gekürzt.
3. Mit Wirkung vom 19. Januar 1931 vermindern sich die bis zum 16. November 1930 geltenden Tarifmindestlöhne um weitere 3 Prozent für männliche und weibliche Jugendliche unter 18 Jahren und um weitere 5 Prozent für alle weiteren Gruppen.
4. Diese Regelung ist mit Monatsfrist kündbar, erstmalig zum Schluß der Lohnwoche, in die der 30. Juni 1931 fällt.

Dr. Brauns. Dr. Jarres. Prof. Dr. Sinzheimer.

Also gegenüber dem ersten Schiedsspruch lediglich der Unterschied, daß die acht Prozent nicht auf einmal abgezogen werden, sondern auf Stottern. Ein anderes Urteil war für den denkenden Arbeiter, der das Wesen der Schlichtungsordnung kennt, nicht zu erwarten.

Der sozialdemokratische Professor Sinzheimer — noch dazu ein „linker" Sozialdemokrat —, der als „Vertreter der Arbeiter" in diesem Schiedsgericht saß, rechtfertigte in einer öffentlichen Erklärung seine Zustimmung zu diesem Spruch damit, daß wenn er nicht dafür gestimmt hätte, die sofortige achtprozentige Lohnsenkung auf der Tagesordnung gestanden hätte. Das ist aber nur das übliche Verlegenheitsargument, um davon abzulenken, daß die Gewerkschaften prinzipiell für den Lohnabbau sind.

Auf die Bourgeoisie hat der Schiedsspruch einen guten Eindruck gemacht. Die scharfmacherische schwerindustrielle „Deutsche Allgemeine Zeitung" bringt folgende Gedanken über diesen Schiedsspruch zum Ausdruck:

„Politisch gesehen ist der Schiedsspruch in der Metallindustrie ein Ereignis, das an Bedeutung, falls er sich voll auswirken kann, nur etwa mit der Einführung der Rentenmark im Jahre 1923 zu vergleichen ist. Die Entscheidung des Schiedsgerichts, der sich die Parteien vorher bedingungslos zu beugen versprochen haben, muß verstanden werden im Rahmen der Gesamtpolitik der Regierung des Reichskanzlers Brüning, der in dieser Frage abermals gezeigt hat, daß er zur Führung entschlossen ist.

Es ist nicht unsoziale Gesinnung, die zu der Anwendung dieser bitteren Arznei gezwungen hat, sondern im Gegenteil: da die erste Aufgabe, die, die Regierung lösen will und muß, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist, die Arbeitsminister Stegerwald in diesen Tagen als „größte soziale Tat" bezeichnet hat, ist der Schiedsspruch ein Beweis sozialen Verantwortungsbewußtseins."

Die SPD. jammert demagogischer Weise über diesen Schiedsspruch und bezeichnet ihn als einen schweren Schlag gegen die Arbeiter und das Schlichtungswesen. Das Stampfer-Organ, der „Vorwärts", orakelt wie folgt:

„Was ist nun zu tun? Wohl ist dieser Schiedsspruch bindend, doch ist deswegen die organisierte Arbeiterschaft ihm nicht hilflos ausgeliefert. Sie wird jetzt ihren ganzen politischen Einfluß und Kraft einsetzen müssen, damit die Lohnsenkung durch Senkung der Lebensmittelkosten nach Möglichkeit abgewehrt wird. Sie wird gleichzeitig mit verdoppelter Energie daran gehen müssen, zum 1. Juli des nächsten Jahres gerüstet zu sein. — Die Berliner Metallarbeiter müssen jetzt die Zähne zusammenbeißen . . . Das ist die beste Antwort, die sie auf diesen Schiedsspruch geben können!"

Einerseits offenbart dieser Stuß des Stampfer-Organs den Bankrott auf der ganzen Linie und andererseits eine Portion Demagogie. Daß die Schlichtungsgeißel in Zukunft den letzten „demokratischen" Schein ablegen wird, wollen wir dem Stampfer-Organ schon glauben. Aber von wegen der Rüstungen zum 1. Juli 1931, das ist im Moment nur die weiße Salbe um die Gemüter, die jetzt offensichtlich den Betrug sehen, zu beruhigen.

Wenn jetzt breite Teile des Proletariats, trotz eines einträglichen Anschauungsunterrichtes, die Gewerkschaften immer noch als ihre Organisationen ansehen, so muß man schon aussprechen, daß die Niederlagenstrategie der Gewerkschaften eine geistige Kastrierung im Proletariat zutage gefördert hat.

Preissenkungskomödie

Die Preise sollen gesenkt werden?

Der Schiedsspruch ist gefallen. 8 Prozent Lohnabbau für die Berliner Metallarbeiter ist die Rechnung. Am Rapport durch den Schiedsspruch in Berlin wird die Lohnabbau-Offensive gegenüber dem übrigen deutschen Proletariat in verstärktem Maße einsetzen.

Um der Empörung und der Beunruhigung unter den Arbeitern Einhalt zu gebieten, muß die Brüning-Regierung Preisabbau. Anfang der Woche ließ man durch die gesamte Pressekloake, von „Völkischen Beobachter" bis zum „Vorwärts" herab verkünden: Lebensmittel werden billiger.

Was ist denn nun los? Die Reichsregierung Brüning hat mit einer Reihe Unternehmerorganisationen der Lebensmittelindustrie Verhandlungen über eine Preisgestaltung geführt. Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist eine glatte Verhöhnung der breiten Massen. Die Vertreter der Unternehmerorganisationen erklären großmütig, daß sie zu „Vorleistungen" bereit wären, ja — wenn nur die Löhne, Steuern und sozialen Beiträge energisch gesenkt würden. Die Spitzenorganisation der deutschen Bäckerinnungen gestand großmütig eine Senkung des Brotpreises für das Normalbrot von 1250 Gramm von 50 auf 46 Pf. zu. Es war aber kaum dieser „Fortschritt" in die Welt hinaus posaunt worden, da meldeten flugs die Brotfabriken, daß nur eine Senkung von 50 auf 48 Pf. in Frage kommen würde und zwar auf die Dauer von zwei Monaten. Die Fleischerinnungen wollten nicht hintenanstehen und verkündeten, daß das Schweinefleisch im Kleinhandel um sage und schreibe 5 Pf. pro Pfund gesenkt werde. Diese Preissenkungsaktion der Fleischerinnungen ist aber billig, denn es ist hier eine Uebersättigung des Marktes vorhanden und die Großhandelspreise zieren zurück. Aber das Charakteristische ist, daß diese Preisermäßigung im Kleinhandel gar nicht durchgeführt wurde. Aber die Dauer werden immer toller; man höre und staune, die Milchhändler kündigten sogar an, die Milch für den Liter um 1 Pf. (!) zu senken.

Nehmen wir einmal an diesen Schmus von Preis„senkung" in einer wirklichen Durchführung, so ergibt sich, daß der Arbeiter ganze 47 Pf. spart, während der Lohnraub an den Metallarbeitern im Durchschnitt 3,20 Mark beträgt, genauer differenziert: Für den gelernten Metallarbeiter 4,60 Mark in der Woche, für ausgelernte Metallarbeiter 4,04 Mark, für angelernte 3,08 Mark, für Frauen 2,88 Mark. Also bei dieser Preis„ermäßigung" von 47 Pf. kontra 3,20 Lohnraub im Durchschnitt wäre diese Preisermäßigung eine Bagatelle, ein Tropfen auf den heißen Stein.

So bombastisch diese Komödie von Preissenkung von der bürgerlichen Presse in die Welt hinausgeschrien wurde, so schnell war aber selbst bei der bürgerlichen Presse zum Teil eine Ernüchterung da. So wendet sich die „Industrie- und Handelszeitung" gegen die Befürchtungen der Industriellen, daß eventuell doch eine allgemeine Preissenkungsaktion von der Regierung geplant sei. Das Berliner Schmokblatt, das „Tempo", muß erklären, daß die Preissenkung lediglich einen „theoretischen Charakter" habe; d. h. sie steht auf dem Papier.

So bleibt nun von dem ganzen Preissenkungsschwindel der Brüning-Regierung weiter nichts übrig, wie der Bluff. Das schon um so mehr, wenn man bedenkt, daß die Regierung ein Finanzprogramm auf der Tagesordnung hat mit einer Reihe von Gesetzen, die dazu angetan sind, Millionen von Mark aus neuen Steuern und Zöllen aus dem Proletariat herauszupressen. Dann kommt noch die Tatsache hinzu, daß die Länder und Gemeinden neue Erhöhungen der Bier- und Getränkesteuer angenommen haben, die bei in Inkraftsetzung naturnotwendig die Verbrauchsartikel erhöhen müssen.

Das Proletariat muß begreifen, daß bei einer Generaloffensive des Kapitals auf den Lohnstandard des Proletariats die Bourgeoisie immer dieses Manöver von Preissenkung bei der Hand hat, lediglich, um die Massen zu täuschen, sie den Bestrebungen des Kapitals gefügiger zu machen.

Der Mann, der die Ohrigen bekam

Bevor „Genosse" Zörgiebel endgültig in den Ruhestand treten konnte, mußte er noch einmal in seiner Eigenschaft als früherer Polizeipräsident in Berlin Angloren in einer Berufungsverhandlung vom letzten Maiprozeß.

Der Bezirksverordnete Schwarz der KPD. und der ehemalige Führer des RFB., Wilke wurden anläßlich der Mai-Vorgänge im vorigen Jahre zu sechs und fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil wurde Berufung eingelegt und diese fand vorige Woche in Moabit statt, zu der auch Zörgiebel als Zeuge geladen wurde.

Schon in der ersten Verhandlung wurde Zörgiebel als Zeuge vernommen. Unter Zustimmung der im Zuschauerraum anwesenden Arbeiter schleuderte damals die Verteidigung der Angeklagten Dr. Litten Zörgiebel ins Gesicht: „Ich beschuldige Sie der Anstiftung des Mordes in 33 Fällen". Monate sind seitdem in die Lande gegangen und Zörgiebel, der jeden Redakteur wegen Beleidigung verklagt, wenn er ihn Massenmörder bezeichnet, dieser Zörgiebel hat bis heute keine Anklage gegen den Rechtsanwalt, der seine Behauptungen des öfteren wiederholte, angestrengt. Damit hat er sich sein Urteil selbst gesprochen. Mit sichtbarem Unbehagen und weinender Stimme beantwortet der vollgefressene Zörgiebel die Fragen:

„Ist Ihnen bekannt geworden, daß die Richtlinien über den Schußwaffengebrauch und insbesondere die Richtlinie, daß für den Schutz unbeteiligter Personen zu sorgen ist, am 1. Mai überschritten wurden?"

Zörgiebel: „Ja, das läßt sich nicht vermeiden und außerdem kann man das nicht immer vorher wissen."

Frage: „Ist Ihnen am 1. Mai 1929 zwischen 1 und 2 Uhr durch zwei kommunistische Abgeordnete gesagt worden, daß unbeteiligte Personen getötet worden sind, und haben Sie darauf geantwortet: „Braucht ja niemand auf die Straße zu gehen?"

Atemlose Stille im Saal. Zörgiebel schweigt. Darauf hilft ihm das Gericht: es beanstandet die Frage, und damit werden auch alle anderen Fragen des Verteidigers abgelehnt. Zörgiebel wird entlassen. Arbeitermörder — braust es durch den Saal, und in dem Moment wird Zörgiebels Gesichtslassade mit einem Faustschlag eines hungrigen Arbeiters betreut. Ordnungsstrafe von drei Tagen Haft für den Jungarbeiter, Strafanzeige wegen Beschädigung des Hutes kommt dieser Ueberflüssigen gewertet werden. Dem Verfasser greifen zu lassen, daß sein Donnerwetter nicht durch die Hilfe eines „guten" Menschen gelindert werden kann, sondern nur in Gemeinschaft der Millionenmassen, durch die solidarische Tat, ihm die Erlösung aus den Ketten der Sklaverei winkt. Solch einen Ausweg sieht der Verfasser nicht. Darum läßt er das Schicksal seines Bandhund an seiner klglichen Hilflosigkeit und geistigen Beschränktheit zerbrechen. Ein warnendes Menetekel für die ganze Arbeiterklasse. Bis auf diese Schicht der Gesellschaft ein beachtenswerter Versuch, dem Erleben des Alltag literarische Form zu verleihen.

Entwicklungsgrenzen der bürgerlichen Kunst

Unter der Ueberschrift „Politik auf dem Theater" wird in den „Bremer Theater-Blättern" ein Aufsatz des Schriftstellers derselben, Dr. Paul, veröffentlicht. Es ist interessant, festzustellen, daß die Reaktion, die im wirtschaftlichen und politischen Leben Triumphe feiert, auf kulturellen Gebieten nicht zurückbleibt. Auch auf dem Theater nicht. Der Verfasser des erwähnten Aufsatzes nennt das Theater eine Stätte, „die der Darstellung des Erhabenen, des Göttlichen und des Menschlichen zuweilen war und hier und da noch ist".

Es wird nicht gesagt, was man unter erhaben, göttlich und menschlich versteht. Auch wir können darauf verzichten, unsere Auffassung vom „Menschlichen" darzulegen. Eine kapitalistische Gesellschaft wird in der alles Erhabene zertreten wird, in der alle „Göttlichkeit" sich in der Mörderfratze des Profits offenbart, und in der alle Menschenrechte sich für Millionen Arbeitslose in dem Recht, den Gashahn zu öffnen, erschöpfen, da rücken diese Ideale in nebelhafte Ferne. Hierbei erscheinen sie so manchem echten Bürger in so verklärtem Glanze, daß man den frommen Wunsch bezeigt, der solche Ideale wieder und mehr in zaubervollem Lichte der Bühne darzestellt sehen möchte. Im gewöhnlichen Alltag darf man sie nicht suchen. Hier im Licht der Wirklichkeit betrachtet, zerflattern sie wie alle Ideale der bürgerlichen Welt.

Wenn nun der aus diesen Verhältnissen herausgeborene Schrei nach wahrer Menschlichkeit hier und da auf der Bühne zum Ausdruck gekommen ist — wenn auch nicht kämpferisch-revolutionär und aktiell behandelnd, sondern schwach, unefährlich oder verzerrt — so scheint es doch wenig ernsthaft gemeint, wenn man das mit der Bezeichnung „Gewächs der Nachkriegszeit" abtun will. Es heißt da weiter:

„Mit der Verherrlichung der „Revolution" fing es an („Trommeln in der Nacht"), es entstanden die Antikriegsdramen, die pazifistischen Tendenzstücke, es entstand die Ueberfülle der sozialen, sozialpolitischen, der der Bandsdramen, zu denen auch die anklägerischen Kriminalstücke gehören, die Kammstücke gegen die Justiz, die Todesstrafe, für die Abtreibung, für Amnestie usw., die sozialistischen und kommunistischen Reportagen, die Schauerstücke, in denen mit den Verbrechern und mit dem Verbrechen ein seltsamer Kult getrieben wurde."

Es mag schon vielfach stimmen, wenn Dr. Paul zur weiteren Entwicklung sagt:

„Es kommt den Autoren gar nicht darauf an, Politik zu machen, sondern sie wollen politische Akte, Sensationen und Konstellationen dramatisch ausbeuten zu einem Bühnenstück, möglichst zu einem Kassenerfolg."

Damit wird unbewußt zugegeben, daß das Theater wirtschaftlich im Kapitalismus fundiert ist und daß es die Aufgabe, eine Stätte füllen kann. Wohl ist es gestattet, anzklagen, zu kritisieren, Reformen zu verlangen, Einzelschicksale oder Verzagenes zu behandeln. All das kann dichterisch gestaltet werden, so daß selbst der Bürger sich nichts vergibt, wenn er Beifall klatscht. Aber da ist die Grenze. Revolutionär, angreifend, das wäre gegen die Machtverhältnisse. Diese Machtverhältnisse lassen es nicht zu, daß der bürgerliche Rahmen durchbrochen wird. Das bürgerliche Eigentum, die kapitalistische Macht muß letzten Endes immer wieder respektiert werden.

Weil ein Ueberschreiten dieser Grenze nicht möglich ist, so lange die kapitalistische Wirtschaftsgrundlage besteht, so muß sich auch jeder Wechsel, jeder Umschlag in der Entwicklung der Bühne innerhalb dieser Grenzen vollziehen. So wird es verständlich, wenn jetzt Anzeichen einer solchen Wandlung nach realistischer Seite angekündigt werden, die Dr. Paul in folgenden Sätzen feststellt:

„Zwei gute Stücke, die die Abwehr von der rein revolutionären Stücke, deren Unaufführung in diesen Wochen stattfinden wird, sind „Sektion Rahmstetten" von Cornius und „Bork" bringt den Kampf der Landoftgenannten „Bombenleger". Man hat unbedingt das Gefühl, daß das wirkliche Recht auf Seiten der Bauern, nur das geschriebene Sektion Rahmstetten", auf der einen Seite die „Erfüllungspolitik", vertreten durch den „Minister", der in Stresemanns Maske zespielt Organisation C. Ehrhardt oder dergleichen, die den Minister durch Mord beseitigen will; beide Seiten gut gesehen, beiden Gerechtigkeit gegönnt.

Diese wenigen Beispiele sollen beweisen, daß die einseitige „links" orientierte Tendenzliteratur im Abklingen, daß das Verantwortungsgefühl vor der Gegenwart und vor dem Volke bei den dramatischen Autoren im Wachsen begriffen ist: daß man begriffen hat, daß die Szene nur dann zum Tribunal werden darf, wenn man die Dinge nicht mit der schönfärbigen, schwarz färbenden Parteibrille, nicht von Vereinen und Gruppen und Klassen aus ansieht. Es werden nicht mehr peripherische Dinge zur Parteisache ausgeschlachtet, nicht mehr Privatfälle Jakobowskyscher Provenienz, Marotten und Absetzigkeiten ins verallgemeinernde Rampenlicht gezerrt, sondern: der Blick hat sich geweitet, Zusammenhänge und Hintergründe werden aufgezeigt, die nicht einer einzelnen politischen Klee, sondern dem gesamten Volke dienen."

Das „gesamte" Volk unterscheidet sich heute durch Klassen, und diesem in Klassen getrennten Volk will man dienen, indem man seine Klassenunterschiede erhalten will. Man will sie erhalten, solange man die eine Klasse, die der Arbeiter, davon abhält, die Klassen zu beseitigen. Die Arbeiter dürfen nicht zum Bewußtsein ihrer Klassenlage kommen, dieser Aufgabe soll das Theater dienen, durch Erhaltung und Verbreitung bürgerlicher, nationalistischer Ideologie. Und das heißt man dann etwas anderes als „einseitig links". Man ist unpolitisch und übt sich in „bekterbürgerliche Grenze besteht für beide. Und es ist nur ganz wenigen, was auf der linken Grenzseite, vom proletarischen Standpunkt aus anerkannt werden kann. Immerhin, es gilt, diese Seite der Entwicklung zu beobachten, und wenn möglich, zu fördern. Die Aufgabe ist die, das bürgerliche Theater nicht erfüllen kann, muß die Arbeiterschaft aufgreifen und vollenden.

Was „revolutionäre" Einseitigkeit ist, das wird die zur Macht. zum Sozialismus gekommene Arbeiterschaft zeigen, wenn sie mit aller „Ein"-deutigkeit auch auf der Bühne zum Ausdruck bringt, was das wahre Wesen der bürgerlichen Profitordnung war, und welche Erhabenheit eine solidarische Menschheit bedeutet.

Buchbesprechung

Bruno Nellissen Haken: **„Der Fall Bundhund".** Ein Arbeitslosen-Roman. Verlegt bei Eugen Diederichs in Jena. 1930. 240 Seiten, brosch. 3,80 Mk., Leinen 4,80 Mk.

Die lebende Generation ist der Zeitgenosse einer Epoche, in der die Grundfesten der kapitalistischen Produktion unter den gewaltigen Hammerschlägen der Produktivkräfte erzittern und zu bersten drohen. In diesem brodelnden Prozeß vulkanischer Ende die vor zwei Jahrzehnten noch schemenhafte Begriffe waren, zur Lebensbedingung, zu brennenden Tagesproblemen. Die modrige Literatur ihren konventionellen Rahmen sprengen, soll sie den revolutionären Ideen in ihrer Gestalter- und Dienerrolle gerecht werden.

Diese große Aufgabe fällt gerade der unterhaltenden Literatur in erhöhtem Maße zu. Solche Bücher, die das tägliche Geschehen der Wirklichkeit, gepaart mit dem heißen Odem des Klassenkampfes zum Ausdruck bringen, verrichten Pionierarbeit für den Sozialismus. Auch der mit der revolutionären Theorie weniger geschulte Proletarier, wird beim Lesen solcher Bücher das große weite Kampffeld sehen lernen, auf dem der Aufmarsch der Arbeiterklasse sich vollzieht.

Wohl zeichnet der Verfasser des vorliegenden Buches mit trefflichen Schlaglichtern ein gutes Bild der bornierten, mit Aktenstaub beschwerten Bürokratenhirne kleinbürgerlicher sozialdemokratischer Observanz. Was Wunder, daß da bei Bekanntwerden des Buches das ganze Gelichter aufkreischte, und wie der Verlag mitteilt, der Autor, der bei der Arbeitslosenfürsorge in Hamburg tätig war, fristlos entlassen wurde. Der Fall des arbeitslosen Kaiarbeiters Bundhund kann aber nicht als das „Schicksal" der Millionenmasse der Ueberflüssigen gewertet werden. Dem Verfasser greifen zu lassen, daß sein Donnerwetter nicht durch die Hilfe eines „guten" Menschen gelindert werden kann, sondern nur in Gemeinschaft der Millionenmassen, durch die solidarische Tat, ihm die Erlösung aus den Ketten der Sklaverei winkt. Solch einen Ausweg sieht der Verfasser nicht. Darum läßt er das Schicksal seines Bandhund an seiner klglichen Hilflosigkeit und geistigen Beschränktheit zerbrechen. Ein warnendes Menetekel für die ganze Arbeiterklasse. Bis auf diese Schicht der Gesellschaft ein beachtenswerter Versuch, dem Erleben des Alltag literarische Form zu verleihen.

Rosa Luxemburg über die Gewerkschaften

„Die deutschen Gewerkschaften haben sich aus Arbeiterorganisationen zu den festesten Stützen des bürgerlichen Staates und der bürgerlichen Gesellschaft entwikkelt . . . Wir können es ruhig aussprechen, daß die deutschen Gewerkschaftsführer die infamsten und größten Halunken, die in der Welt gelebt haben, sind."

(Rosa Luxemburg auf dem Gründungsparteitag des Spartakusbundes am 30. 12. 1918.)

Arbeiter! Klassengenossen! Was könnt ihr noch mit diesen Halunken gemein haben! Keinen Mann und keinen Groschen einer Organisation, die eure Interessen dem Kapital ausliefert. Das lehrt mit aller Deutlichkeit wieder der Berliner Metallarbeiterkampf. Heraus aus den Gewerkschaften! Werdet Mitglieder der Allgemeinen Arbeiterunion.

Die Wirtschaftskrise in Latein-Amerika

Die Länder Lateinamerikas sind nicht der Wirtschaftskrise entgangen, die gegenwärtig über alle kapitalistischen Staaten hereingebrochen ist. Dort setzte diese Krise sogar etwas früher ein und äußerte sich hauptsächlich in Gestalt einer Agrarkrise, die durch zwei Ursachen bedingt ist: Durch die Ueberproduktion von Erzeugnissen der Landwirtschaft (Ueberproduktion von Kaffee in Brasilien und Kolumbien, von Zucker auf Kuba, in den Ländern Zentralamerikas), die zu einer Senkung der Weltpreise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in einer ganzen Reihe von Ländern Lateinamerikas geführt hat, und durch die Unterproduktion anderer landwirtschaftlicher Erzeugnisse, hervorgerufen durch den Preissturz. So sank z. B. in Argentinien gegenüber dem vorigen Jahr der Ertrag der Getreideernte von 307 bis auf 175 Millionen Bushel, in Mexiko um 40 Prozent, in Ecuador sank die Ernte von Baumwolle, Kakao und Kaffee um 20 Prozent. Neben der Agrarkrise beobachtet man auch eine Krise im Bergbau, hervorgerufen durch die Preissenkung auf dem Weltmarkt. Durch diesen Umstand bewirkt ist die Krise der Mangangewinnung in Brasilien, der Gewinnung von Zinn in Bolivien, von Salpeter und Kupfer in Chile, von Silber und Kupfer in Mexiko, von Petroleum in Kolumbien und Mexiko usw. Die Krise in diesen wichtigsten leitenden Wirtschaftszweigen wirkte auf die gesamte Volkswirtschaft eines jeden der genannten Länder zurück und erzeugte in denselben eine allgemeine Wirtschaftskrise.

Bekanntlich sind die Länder Lateinamerikas Halbkolonien, die von der Wirtschaft der führenden kapitalistischen Länder: Englands und der Vereinigten Staaten abhängig sind. Indem das englisch-amerikanische Kapital in jedem der Länder künstlich einen einzigen Wirtschaftszweig (Kaffee, Salpetergewinnung, Fleischkonservierung, Obstzucht) zur Entwicklung brachte, versetzte es diese Länder in einen solchen Zustand, daß beim Eintreten einer Krise in diesem einzigen, am meisten entwickelten Wirtschaftszweig akute Komplikationen in der gesamten Volkswirtschaft des Landes sich einstellen: es tritt im Handel eine Stockung ein, das Finanzsystem wird erschüttert usw. Somit bildet die Krise in den Ländern Lateinamerikas, trotzdem sie von selbständiger Bedeutung ist, gleichzeitig eine Teilerscheinung der allgemeinen Weltkrise. Eine Folge dieser Krise ist noch größere koloniale Versklavung dieser Länder durch das Kapital der beiden wichtigsten miteinander rivalisierenden imperialistischen Staaten: Englands und Nordamerika.

Obwohl es England in der letzten Zeit gelungen ist, in Brasilien und Argentinien (auf Grund des Vertrages mit Lord Abernon) tiefere Wurzeln zu schlagen, sind doch im allgemeinen die Erfolge der Vereinigten Staaten bedeutender. So fußten in Brasilien z. B. im Staate Rio de Janeiro und in San Paulo, wo früher die Vorherrschaft England gehörte, nunmehr die Vereinigten Staaten festen Fuß, brachten in ihre Hände die Firma „Light and Power" (Licht und Kraft) und nahmen auch zum Hafen Santo Besitz, der die Kaffeeausfuhr aus Brasilien, bis dahin ein unveräußerliches Vorrecht Englands, kontrolliert usw. Außerordentlich kennzeichnend ist die Wallfahrt des neuen Präsidenten Julio Prestesa in erster Reihe nach Newyork.

Das gleiche gilt auch von Argentinien. Obwohl dieses Land ein Schauplatz der Vorherrschaft Englands ist, so beginnt doch das amerikanische Kapital auch hier allmählich eine Stellung nach der anderen zu erobern: ein großer Teil der Aktien der Pazifik-Eisenbahn ging in die Hände der Vereinigten Staaten über; vor kurzem erwarben die Amerikaner die Telephonzentralen in den größten Städten Argentiniens; endlich nehmen die Vereinigten Staaten gegenwärtig großen Anteil an der Zeichnung einer Anleihe für Buenos Aires. Andererseits setzt jedoch auch England dem Vordringen der Vereinigten Staaten ein immer zäheren Widerstand entgegen. So erhielt z. B. England im unbestreitbaren „Lehnsland" Amerikas, Panama, eine große Konzession und verstand es, zum großen Verdruß der Vereinigten Staaten, der Regierung von Panama eine Anleihe aufzumöbigen. Dieser, infolge der Krise gesteigerte Kampf zwischen den beiden imperialistischen Gruppen vermag ohne allen Zweifel zu Komplikationen, einen Krieg nicht ausgeschlossen, zu führen.

Ebenso wie in der gesamten kapitalistischen Welt, suchen die Kapitalisten der Länder Lateinamerikas die Auswirkungen der über sie hereingebrochenen Krise vor allem durch einen Abbau der Löhne der Arbeitenden und durch eine Verlängerung der Arbeitszeit zu mildern. In dieser Beziehung ist die Lage der Arbeiterschaft bedeutend schlechter als in Europa und in den Vereinigten Staaten. Einige Beispiele: Im Bergbau Boliviens, wo die Arbeiter 24 und sogar 36 Stunden hintereinander in den Bergwerken unter Tag bleiben und dort auch ihre Erholungszeit verbringen, beträgt ihr Höchstlohn (in bolivischen Pesos) zwei Dollar täglich. In den übrigen Industriezweigen beträgt er 0,17 bis 1,00 Dollar. So beläuft sich in Uruguay in der Konservenindustrie und auf den Schlachthöfen und Kühlanlagen, dem wichtigsten Gewerbszweig dieses Landes, der Lohn auf 0,80 bis 1,00 Dollar. Trotzdem offiziell der Achtstundentag in Kraft ist, wird dieser doch mit Hilfe der Akkordarbeit bis zu neun und zehn Stunden verlängert. In Peru bezieht in der Textilindustrie ein Arbeiter 20 bis 30 amerikanische Cent täglich. Im Süden Brasiliens (Santa Ana) beziehen die Arbeiter der Schlachthöfe etwa 30 Cent.

Noch schlechter ist die Lage in der Landwirtschaft, welche die wirtschaftliche Grundlage der Länder Lateinamerikas darstellt. Der Arbeitstag dauert von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang. In Honduras z. B. schwankt der Tageslohn eines Landarbeiters zwischen 50 Cent bis einen Dollar, wobei die Auszahlung

Verblödungsindustrie als Weltwirtschaftsmacht

Fünfunddreißig Jahre Kino — Sein Erfinder hungert

In einem Berliner Vergnügungspalast werden während des Monat November „Lebende Bilder" gezeigt: Einfahrender Eisenbahnzug, ein Verkehrsbild vom Alexanderplatz, eine gemütlich daherwackelnde Pferdebahn, Wachtparade unter den Linden usw. usw. Es sind diese Bilder, die z. T. ab 1. November 1895 in demselben Lokal erstmalig einem größeren Publikum als neueste Erfindung vorgeführt wurden. Dieser Tag kann als die Geburtsstunde des Kinematographen angesprochen werden. Der Kientopp feiert seinen 35jährigen Geburtstag!

Die Direktion des Vergnügungsunternehmens ist gerissen genug, zusammen mit den alten primitiven Bildern dem sensationslüsternen Publikum auch den noch lebenden Erfinder in Person auf der Bühne zur Schau zu stellen, als Kassenstück, zur Erhöhung des Profits. Das Ganze wird „Erfinderehrung" genannt. Und die gesamte Presse, von ganz rechts bis „ganz links", die von dem Rummelunternehmen durch Inserate bestechen ist und deshalb nicht die Wahrheit schreiben darf, lügt unisono und um die Wette, daß der Erfinder auf seine alten Tage nach jahrzehntelangen Entbehrungen, Demütigungen und Widerwärtigkeiten „einen schönen, wenn auch späten Triumph" erlebt.

*

Der größte amerikanische Filmtrust Warner Brothers hat unlängst den großen Radio-, Sprechmaschinen- und Schallplatten-Konzern Brunswick-Balke-Collender Co. geschluckt. Die Firma Warner wurde 1915 als Filmfabrik und Verleih gegründet. Die Filme, Bilder vom europäischen Kriegsschauplatz, Dokumente für die Wirksamkeit der amerikanischen Waffen und Munition an europäischen Proletertreibern und Kulturträtern, Betäubungsmittel für amerikanische Arbeiter und Anreißer für die Munitionshyänen, leiteten einen wahren Goldstrom in die Kassen von Warner Brothers. Mit ihm erwarb und gründete die Firma sehr schnell eine große Reihe von Lichtspieltheatern, mit ihm drehte die Firma Warner Brothers kleineren Film- und Kinokonzernen das Lebenslicht aus, erwarb Farbenfilmgesellschaften usw. Mit den geschaffelten Riesenprofiten aus der Verblödung der Massen stiefelte die Brüder Warner in das Geschäft des unlängst erfunderenen Tonfilms und verschafften sich eine vorherrschende Stellung in der Tonfilmproduktion. Der Warner-Trust, der 1928 „nur" 3 Millionen Reingewinn hatte, schüttete 1929 schon 17,3 Millionen Dollar als Dividende und Tantiemen aus. Die „Beteiligung" an der „Brunswickgesellschaft mit 50 Millionen Dollar war die letzte „Abrundung".

So nett nun dieser Milliarden-Verblödungstrust dasteht, so rund ist er nun allerdings nicht. Der Brunswick-Konzern steht nämlich in „technischer Interessengemeinschaft" mit der Polyphon-Gesellschaft, dem maßgebenden deutschen Schallplattenkonzern, d. h. er beherrscht sie, resp. bestimmt deren Entwicklung und Preisbildung. Die Polyphon wieder ist Gemeinschaftsbesitz der AEG.- und des Siemens-Konzerns. AEG., Siemens und Polyphon wieder sind Besitzer der deutschen Klangfilm- und der Tobis Tonfilmgruppen. Die deutsche Küchenmeister-Gruppe wieder gehört dem Warner-Trust.

Auch dieses Bild, so international es ist, so wenig rund ist es. Der große amerikanische Filmkonzern Paramount-Famous-Lasky, der auch am Unterhaltungsbank beteiligt ist und dem der William-Fox-Film- und Kinokonzern gehört, wird beherrscht von der Telephon- und Sprechfilm-Gesellschaft Western Electric Co., einer Tochtergesellschaft der American Telephone and Telegraph Co., dem führenden amerikanischen Telephonbau- und -betriebskonzern.

Lassen wir dies Gebilde einen Augenblick stehen.

Der größte Rundfunkfabrikant der Welt, die Radio Corporation of America hat trotz der hereinbrechenden Wirtschaftskrise im Sommer dieses Jahres ihr Kapital weiterpolitisiert. Die neuen Aktien übernehmen die beiden größten Elektrogiganten der Welt, die General Electric Co. und die Westinghouse Electric and Manufacturing Co. Die Fabrikation der Radio Corp., die bisher von den beiden Elektrotrusts ausgeführt wurde, wird jetzt in eigenen Werken der Radio Corp. betrieben. Die beiden Elektrogesellschaften, die bisher nur den vierten Teil des Kapitals der Radio Corp. besaßen, beherrschen sie jetzt mit 75 Prozent des Kapitals ganz. Die Radio Corp. produziert etwa ein Viertel aller Radioapparate und Zubehörteile der USA. Der Gesamtwert der USA.-Radioproduktion wird auf 1 Milliarde Dollar geschätzt gegen 1 Milliarde Mark in Deutschland. Der Wert der Filmproduktion wird nicht geringer sein. Gleichzeitig beherrscht die Radio Corp. die größte Schallplattenfabrik der Welt, die Victor Talking Machine Co. und den Löwenanteil des amerikanischen Sprechmaschinengeschäfts. Sie hat in der ganzen Welt Tochtergesellschaften, in Deutschland die Elektrola-Gesellschaft. Durch ihre Broadcasting Co. und deren Untergesellschaften beherscht die Radio Corp. den größten Teil des amerikanischen Rundfunks, besitzt eine große Zahl von Funkstationen und beherscht damit den drahtlosen Nachrichtenverkehr in Amerika und zwischen Amerika und der gesamten übrigen Welt. Maßgebend beherrscht wird die Radio Corp. von dem Stahl-, Schiffahrts- und Finanztrustgewaltigen Morgan, der sie durch seine Banken mit Kapital und seinen Eisen-, Metall- und Stahlinteressen mit Rohstoffen versorgt. An der Spitze des Verwaltungsrats dieses größten Verblödungstrusts der Welt steht der Beherrscher der General Electric Co. Owen Young, der dem „deutschen" „Plan" seinen Namen gab.

Damit wäre noch kein Kreis gezogen, aber ein Netz um die Welt gespannt, in dem alle die Film- und Kino-, die Verblödungs-, Vergnügungs-, Unterhaltungs-, Nachrichten- etc. Unternehmen nach dem Willen einiger Kapitalskönige zappeln. Die AEG., die zusammen mit Siemens durch Polyphon mit Warner Brothers zusammengekoppelt ist, ist ein Zweigunternehmen der General Electric Co. des Owen Young, die die Radio Corp. beherrscht. Dem anderen Partner im Besitz der Radio Corp. der American Telephone and Telegraph Co., ist wieder Siemens hörig. Beide, zusammen mit Siemens und AEG., sind neben anderen gemeinsamen Kapitalsinteressen über das Telephongeschäft zusammengekoppelt mit Ivar Kreuger, dem Weltherrscher in Zündhölzern und Kugellagern, dem Besitzer von Erz-, Bank- und Schiffahrtskonzernen, der durch Zündholzmonopole und Darlehn rund 20 Staaten politisch beeinflußt. Von einer anderen Front aus beeinflussen die beiden amerikanischen Elektroriesen zusammen mit den ihnen hörigen deutschen Kollegen im Elektrogeschäft die Welt politisch über ihre Kapitalkraft in den Finanz-, Stahl- etc. Trusts. Die in wenigen Händen zusammengeschlossene Weltverblödungsindustrie, von der direkt und indirekt auch alle nichtzenannten deutschen und ausländischen Film- und Kino-Unternehmen, Radio-, Funk- und Musikmaschinengesellschaften abhängig sind, ist den Kapitalskönigen nicht nur Erwerbsmittel; mehr ist sie politische Waffe, um die Menschheit, vor allem das Proletariat geistig so zurechtzustutzen, wie sie es für ihre Profit- und Machtinteressen nötig haben.

*

In der Schönhauser Allee 56 im Norden Berlins, einem ausgesprochenen Proletarierviertel, in einem häßlichen grauen Hause mit abbröckelnden Kalkwänden haust im fünften Stock in einer armlichen Wohnung ein Mann, 65jährig erst, aber vom Kampf ums Dasein, von Mühen und Sorgen hart mitgenommen und über seine Zeit gealtert. Er schlägt sich mühsam durchs Leben vom Verleih alter Filmstreifen, die heute hier und da in einem Kino als Zeichen der Rückständigkeit der Welt vor 25 und mehr Jahren gezeigt werden. Es ist Max Skladanowski, der zusammen mit seinem verstorbenen Bruder vor 35 Jahren das Kino erfand, dergab, den das genannte Vergnügungsetablissement auf die Bühne zur Schau gestellt hat — wie man lange Löwen und Giftschlangen, alte Spinnräder und irdene Kochtöpfe ausstellt. Man gibt dem alten Mann ein paar hundert Mark, nicht um ihn vor dem Verhungern zu schützen, ach nein, das scheert die Profitbyänen nichts — sondern weil man auch für jedes zur Schau gestellte Museumsrequisit Leihgebühren bezahlen muß.

Max und Emil Skladanowski, zwei junge Polen konstruierten bereits 1892 einen Photoapparat für Reihenaufnahmen, 8 Bilder pro Sekunde. Dann kam der Zelluloidfilm. 1895 meldeten sie den von ihnen konstruierten Projektionsapparat, den sie Bioskop nannten, zum Patent an. Das Bioskop erhielt das Patent Nr. 88 599. Mit dieser Erfindung wurden die Brüder in einem kleinen Berliner Vorortlokal von dem Direktor jenes Vergnügungsetablissements aufgestöbert und mit den Worten angeredet: Meine Herren, Sie sind Millionäre! Er engagierte sie beide mit ihrem Bioskop für 75 Mark Tagesgage.

Als das lenkbare Luftschiff von Zeppelin nach einem Leben voll Arbeit konstruiert war, „erfand" all und jeder ein Luftschiff; mit dem Flugzeug ging es ebenso. Zwei Monate nach dem denkwürdigen Auftreten der Brüder Skladanowski in Berlin, fünf Jahre nachdem sie den Reihenbildapparat konstruiert, aber seine kapitalistische Verwertung nicht ausgenützt hatten, kamen die Brüder Lumiere in Lyon in Frankreich mit ihrem Cinematographe heraus und ein ganzes Jahr später der spätere Amerikaner und Berufserfinder Edisons mit seinem Kinetoskop. Beide Erfindungen waren unvollkommener als die der Skladanowskis. Hinter sie wurde aber „kaufmännischer Seite", Kapital gesetzt, beide hatten Eigenkapital, die Skladanowskis waren arme Schlucker. Während sie ihre Erfindung auf Reisen in der Provinz vorführten und ihr Patent im Patentamt ruhte, wurde die industrielle Fabrikation vorbereitet. In kurzer Zeit wurde der Erfindern des Kinos die Luft abgedreht. Mit ihrer Erfindung wurden Milliarden verdient, sind Milliarden investiert, dem noch lebenden Max Skladanowski zehrt nicht ein Tausendmarkschein, nicht eins der 70 000 Kinos der Welt, man zeigt ihn selbst auf der Bühne als Kuriosität. — „Erfinderehrung."

Bourgeoisie und dumme Proleten erheben gegen den Kommunismus den Einwand, daß in ihm der Anreiz zum Schaffen und Arbeiten fehlen werde, weil es keinen Reichtum auf Kosten anderer geben werde. Die meisten der wirklichen großen Erfinder sind elend zugrunde gegangen, während Parasiten auf ihrem Rücken schmarotzten. Der Erfinder des Jaquardstuhls (Webmaschine) der Franzose Jaquard, wurde vor ein paar Jahren in Paris in einer Mansarde dreiviertel verhungert aufgefunden. Als man für ihn eine nicht unbeträchtliche Summe zusammengebettelt hatte, war er tot. Nun, der Pole Skladanowski, den man heute als „großen Deutschen" feiert, morgen wird er wieder hungern. Das ist Kapitalismus.

Noch sind Kino, Radio, Musikmaschine Verblödungsmittel in der Hand der Bourgeoisie. Das siegreiche Proletariat wird ein Aufklärungs- und Bildungsmittel, einen Kulturfaktor aus ihnen machen.

R. P.

Song der Gewerkschaftssekretäre

Der Karpfen wühlt sich tief im Teich,
Im Schlamme liegt sich's gut und weich.
Auch wir sind Karpfen fod im Schlamm
In Moskau und in Amsterdam.
Von Zeit zu Zeit ist's dennoch gut,
Wenn man so tut, als ob man tut.

Gott beholen, Gott beholen,
Laßt uns dem Werkvolk zwei Groschen holen.

Im Wirtschaftsfrieden lebt sich's fein,
Denn viel Beiträge laufen ein.
Doch macht man einmal einen Streik,
Kommt man auf keinen grünen Zweig.
Am besten ist ein Kompromiß,
Das hilft den Arbeitern gewiß.

Gott bewahre, Gott bewahre,
Unsere Bäuche und grauen Haare.

Man schenkt uns die Gehälter nicht,
Etwas zu tun ist unsere Pflicht.
Der Unternehmer ist ein Mann,
Der uns in vielem nützen kann.
Drum sei man nicht zu radikal,
Vielleicht braucht man ihn auch einmal.

Gott erlasse, Gott erlasse,
Daß je dies ein Proleet erlasse.

Es nützt am besten der Verrat
Die Kiste an den Klassenstaat.
Drum nur keine Revolution!
Wo bliebe da die Tradition,
Wenn das, was wir gebaut, zerfällt
Und man uns an die Wände stellt.

Gott verschone, Gott verschone
Uns vor der Märtyrerkrone!

Aus der Wirtschaft

Bereits 3½ Millionen Feiernde

Eine Zunahme im Oktober von ¼ Million.

Es wird amtlich verlautet, daß am 31. Oktober die Zahl der bei den Arbeitsämtern eingetragenen Arbeitsuchenden sich auf 3 323 000 belief, wovon etwa 3 253 000 als Arbeitslose angesehen werden müssen. In der zweiten Oktoberhälfte ist die Zahl der Arbeitslosen um 137 000 gestiegen, gegenüber einer Zunahme von 112 000 in der ersten Oktoberhälfte. Die Zunahme für den gesamten Monat beträgt also rund eine Viertelmillion. Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung beträgt 1 561 000, in der Krisenunterstützung 511 000.

Stete Zunahme derer, die aus der Produktion fliegen. Aber nicht nur das. Stete Zunahme auch derjenigen, die aus der Versicherung und Krisenfürsorge herausrationalisiert werden — und diese Zahl beträgt bereits über eine Million. Und dieser katastrophale Zustand wird noch begleitet durch den Abbau der Krisenunterstützung sowie der Wohlfahrtsunterstützung. Was macht das schon aus, bekommen ja Hunderttausende bereits überhaupt keine Unterstützung mehr. Es ist eine „Lust zu leben" innerhalb dieser Republik.

Zwölf Mark Lohnabbau pro Woche

Auch die Werftindustriellen ergreifen die Offensive, um planmäßig die Löhne abzubauen. Das Lohnabkommen formal noch nicht gekündigt werden kann, richtet sich der Angriff gegen die Akkordlöhne. So kündigt die Krupsche Germania-Werft in Kiel an, die Akkordlöhne in ihren Gießereibetrieben um nicht weniger als 12 Mark pro Woche zu kürzen.

Der Arbeitgeberverband für die oberbergische Textilindustrie hat den Lohntarif und das Arbeitszeitabkommen für die Textilindustrie zum 31. Dezember gekündigt. Die Unternehmer setzen sich auch hier zum Prinzip, die ohnehin schlechten Löhne auch hier abzubauen.

Für die schleswig-holsteinische Zementindustrie ist ein Schiedsspruch gefällt worden, der einen Lohnabbau von durchschnittlich 6 Prozent vorsieht. In der Begründung des Schiedsspruches wurde unter anderem vom Schlichter betont, daß „die gesamten selbständigen Volksgruppen einen Kampf um ihre Lebensinteressen führen, der an Schwere dem der Arbeiterschaft nicht nachsteht".

1000 auf einen Schlag

Massenentlassungen bei der Württembergischen Metallwarenfabrik.

Die Direktion der Württembergischen Metallwarenfabrik Geislingen bereitet die Entlassung von etwa 1000 Arbeitern und 100 Angestellten in ihrem Geislinger Hauptbetrieb vor. Angeblich ist der Mangel an Aufträgen der Grund zur Entlassung aus dem Betrieb, der gegenwärtig etwa 4 000 Arbeiter und 350 Angestellte beschäftigt.

Echo des Metallschiedsspruchs für das Ausland

Die Berliner Korrespondenten der führenden englischen Zeitungen haben ihren Blättern einzelnende Berichte über die Lohnabbauoffensive in Deutschland und insbesondere zum Berliner Metallschiedsspruch gesandt. Die Zeitungen nennen den Schiedsspruch ein Ereignis von „höchster Wichtigkeit" für das britische Kapital. Es käme darin zum Ausdruck, daß die deutschen Unternehmer entschlossen seien, den Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt zu verschärfen. Deutschland würde zum gefährlichsten Konkurrenten. Auch die englischen Unternehmer und Arbeiter sowie die Regierung müßten sich darüber im klaren sein, daß nunmehr auch in England die entsprechenden Maßnahmen zur „Senkung der Selbstkosten" (d. h. also des Lohnes) durchgeführt werden müßten.

So wird also auch das englische Proletariat vor neuen Klassenauseinandersetzungen mit seinem Klassenfeind, dem englischen Kapital stehen.

3 Millionen Opfer der Arbeit in Amerika

New York, 10. November. Der Handelsminister Lamont mußte berichten, daß im Jahre 1929 bei Betriebsunfällen 23 000 Arbeiter getötet und drei Millionen verletzt wurden.

Diese Zahlen der Opfer des laufenden Bandes und der Rationalisierung bleiben jedoch ohne Zweifel noch hinter der Wirklichkeit zurück.

Diese Zahlen zeigen uns, daß das von den Gewerkschaften so über den grünen Klee gelobte Land der Dollarsonne in der Vernichtung der menschlichen Arbeitskraft, dem europäischen Kapital um keinen Deut nachsteht.

Arbeiterverräter avancieren bei der Mansfeld A. G.

Betriebsrat Krüger vom Wolfschacht ist für gute Henkerdienste Förderungs-Aufseher geworden.

Nichts kann der Arbeiterschaft mehr die Augen öffnen als die Beförderung des Hermann Krüger, Helbra, zum Förderungs-Aufseher auf dem Wolfschacht. Mancher Kumpel, der noch während des Streiks hinter den Bonzen des Bergbau-Industrie-Verbandes und Betriebsräten stand, müßte doch endlich stutzig werden. Die revolutionären Arbeiter wundern sich ja nicht über Krügers Beförderung: die Mansfeld-A.-G. muß sich doch für treue Dienste während des Streiks in irgendeiner Art erkenntlich zeigen, Arbeiter! So sehen eure „Arbeitervertreter" aus, für 12 Prozent Lohnabbau stimmten sie seinerzeit; sorgten für Streichung des Urlaubs bis Jahresfrist und erklärten mit zynischer Frechheit: 8 Wochen Streik wären schon eine Art Erholung. Eintreten für „Profit und Produktionssteigerung" ist vor allem die Praxis dieser „Arbeitervertreter" als Betriebsräte. Dafür hält die Mansfeld-A.-G. diese Kapitalsakaien recht warm. Sie brauchen keine Schweißperlen im Betrieb zu verlieren wie jeder gewöhnliche Kumpel. Arbeiter: zieht daraus die Lehren. Gesetzliche Betriebsräte sind zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Betrieb, Gewerkschaften und SPD. stimmen für Brünings Hungerdiktat, das ist Aufrechterhaltung der Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapital! Was habt ihr zu tun, Proletarier? Zertrümmert sie! Schließt euch zusammen in der Betriebsorganisation, als Klasse zur Allgemeinen Arbeiter-Union, wo ihr selbst über euer Schicksal bestimmt.

Organisatorische Mitteilungen

Groß-Berlin

Versammlungskalender.

3. Bezirk. Jeden Freitag, abends 20 Uhr, im Lokal Gladow, Malplaquetstr. 24.
6. Bezirk. Jeden 2. und 4. Freitag, 20 Uhr, im Lokal Reibe, Gitschinerstraße 88.
14. Bezirk: Jeden Donnerstag, 20 Uhr, bei Neumann, Kirchholstr. 5.
15. Bezirk. Jeden Freitag, nachm. 17 Uhr, bei Jahnke, Niederschönweide, Brückenstr. 3.
17. Bezirk. Jeden Freitag, 20 Uhr, bei Worlitzer, Gürtelstr. 38.

Nowawes.

Alle Freitag, abends 7.30 Uhr, finden im Lokal von Otto Gebauer, Wallstr. 62, die Funktionärversammlungen der Partei und Union statt

Reichhalle.

Jeden Freitag, abends 7,30 Uhr, Mitgliederversammlung im Volkspark, Burgstraße.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: W. Tietz, Berlin. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Indemark, Berlin O 17.

11. Jahrg. Nr. 47

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post, oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Oberbaum F 8 7832.

Berlin, 22. November 1930

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7. Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36. Lausitzer Platz 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,50 Mark incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal.

Inserate werden nicht aufgenommen.

Der Roßtäuscherkniff: Preisabbau

Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse überschlägt sich in Propaganda für die Preissenkung. Die Reichsregierung wendet sich mit einem Appell an die maßgebenden Wirtschaftskreise und verlangt eine Herabsetzung der Preise auf der ganzen Linie. Sie begnügt sich völlig mit diesem Aufruf an das gute Herz der deutschen Kapitalisten. Sie lehnt einen Zwang, einen Eingriff des Staates ab. Lediglich „wenn der wirtschaftlichen Entwicklung wider bessérer Erkenntnis" Hindernisse bereitet werden, die nicht anders zu beseitigen sind, will sie in die heiligen Rechte des kapitalistischen Profits eingreifen. Der Segen der Preissenkung soll durch „den Druck der Verbraucher und der öffentlichen Meinung auf Widerstrebende" erreicht werden. Es wird dann aufgezählt, was schon durch diesen Druck der öffentlichen Meinung erreicht ist. Die Regierung muß aber selbst erklären, daß sich die Preissenkung noch nicht ausgewirkt hat. Deshalb führt sie der erstaunten Bevölkerung zu Gemüte, daß es an der Zeit ist, wieder den Pfennig zu Ehren zu bringen. Diese Ehrenrettung des Pfennigs ist das ganze Ergebnis der Preissenkungsaktion. Dabei hat der Reichsarbeitsminister Stegerwald, der als Lohnabbauminister besonderes Interesse für die Senkung der Lebenshaltungskosten mimt, erklärt: es müsse, wenn eine Lohnsenkung im Ausmaß von einer Milliarde Mark im Reiche durchgeführt werden soll, mindestens eine Preissenkung im Ausmaß von zweieinhalb bis drei Milliarden Mark eintreten. Dieser gerissene Vertreter der Interessen der Schwerindustrie hat selbst zugeben müssen, daß das Ergebnis des Finanz- und Wirtschaftsprogrammes der Regierung lediglich eine Lohnenkungspsychose gewesen sei.

Der Wahnsinn der kapitalistischen Wirtschaftsordnung enthüllt sich am besten in den Mitteln, die vom Kapital gegen die Wirtschaftskrise angewendet werden. Die stärkste Belastung für das Kapital bildet die steigende Arbeitslosigkeit. Das Funktionieren der deutschen Wirtschaft bzw. ihr Gleichgewicht beruht auf einer normalen Arbeitslosigkeit von sechshunderttausend Personen. Die jetzige Arbeitslosigkeit beträgt aber dreieinviertel Millionen. Da der Absatz der deutschen Wirtschaft zu 80 Prozent im Inland erfolgt, so bedeutet diese Arbeitslosigkeit ein sich immer mehr steigerndes Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage. Das Kapital ist infolgedessen gezwungen, in immer stärkerem Ausmaß zu Entlassungen überzugehen, zumal eine Entlastung durch Steigerung des Exports infolge der allgemeinen Wirtschaftskrise und der Absperrung der Grenzen nicht möglich ist. Die Krise steigert auf der einen Seite die Ausgaben des Staates und vermindert auf der anderen Seite die Einnahme. Es entsteht infolgedessen ein sich immer vergrößernides Defizit. Zur Beseitigung dieses Defizits müssen die Steuern dauernd erhöht werden und durch Entlassungen die Produktionsunkosten gesenkt werden. Dieses hat wieder zur Folge, daß die Arbeitslosigkeit steigt. Damit vermehren sich wieder die Ausgaben für die Arbeitslosigkeit. Die Einnahmen gehen infolge des Ausfalls an Lohneinkommen zurück. Es ist dann wieder neuer Steuerdruck erforderlich, um die Finanzen in Ordnung zu bringen. Daraus ergibt sich ein erneuter Zwang zur Rationalisierung, d. h. zur verstärkten Ausbeutung der noch im Produktionsprozeß stehenden Arbeiter und zur Entlassung weiterer Arbeiter. Da sich gleichzeitig die Lohnsenkungspsychose auswirkt, so fällt auch die Kaufkraft der Massen. Auf diese Weise ist der Umsatz gegenüber dem Vorjahr, das bereits im Zeichen der Wirtschaftskrise stand, um 25 Prozent zurückgegangen. Dabei sind die Vorräte ständig im Steigen begriffen. Diese Steigerung der Vorräte, die bei fast allen industriellen und Agrarursstoffen vorliegt, führt notwendigerweise ebenfalls zu einer Einschränkung der Produktion und damit zu weiteren Arbeiterentlassungen. Der Höhepunkt der Krise ist nach den übereinstimmenden Anschauungen der bürgerlichen Nationalökonomen noch nicht erreicht. Der von uns aufgezeichnete verhängnisvolle Kreislauf setzt sich immer weiter fort. Einer Preissenkung setzt das Kapital stärksten Widerstand entgegen, weil dadurch seine Produktionsbasis bedroht wird. Die steigende Belastung durch die Wirtschaftskrise senkt selbstverständlich den durchschnittlichen Profit am einzelnen Produkt. Wenn auch die Preise für die Rohstoffe stark rückgängig sind, so wirkt sich dies wegen der noch vorhandenen Lagerbestände, die noch zu alten Preisen eingekauft sind, nicht aus.

Das Kapital drängt jetzt die Kapitalschichten, die den direkten Verkehr mit den Konsumenten haben, zum Preisabbau. Die ganze Schwere der Auswirkungen der Krise wird auf den Einzelhandel abgewälzt. Die Bourgeoisie macht die Verbraucherkreise gegen den Bäcker- und den Schlächtermeister, den kleinen Kolonialwarenhändler scharf, denen man eine zu große Verdienstspanne nachsagt, während das Großkapital bewußt im Hintergrund bleibt. Der Zweck dieser Uebung ist außerordentlich durchsichtig. Die Volkswut soll sich gegen den greifbaren kleinen Mann richten. Das Objekt der Volksempörung wird sozusagen vorbereitet. Die Bäcker- und die Fleischerläden werden sturmfrei gemacht.

Das Ablenkungsmanöver der Bourgeoisie ist außerordentlich geschickt. Es ist selbstverständlich, daß der „Vorwärts" nun dem Proletariat empfiehlt, alle Energie auf die Preissenkung zu konzentrieren, damit dadurch ein Ausgleich für die Herabsetzung der Löhne geschaffen werden kann. Es passiert ihm dabei das Ungeschick, daß die Bourgeoisie eifrigst für die Preissenkung der Tarife der städtischen Betriebe Propaganda macht. Warum die Bourgeoisie gerade gegen die Preise und Tarife der kommunalen Betriebe Sturm läuft, ist selbstverständlich. Einmal will sie erst einen Lohnabbau auch innerhalb dieser Betriebe erzwingen, um dadurch den Nachweis zu führen, daß der Gemeindesozialismus für die Arbeiterschaft keine Vorteile bringt. Ferner geht ihr Bestreben dahin, diesen Gemeindesozialismus vor der Arbeiterschaft zu entarven und aufzuzeigen, daß diese Vertreter der Allgemeinheit dem Preisabbau den stärksten Widerstand leisten. In Wirklichkeit soll damit erreicht werden, daß diese Betriebe sturmfrei zur Uebernahme durch das Privatkapital gemacht werden. Die Bourgeoisie weiß ganz genau, daß die meisten städtischen Haushalte auf den Ueberschüssen der städtischen Betriebe aufgebaut sind und daß diese Ueberschüsse infolge der Wirtschaftskrise einen starken Rückgang erfahren haben. Eine Senkung der Tarife würde also eine Erhöhung der städtischen Steuern zur Folge haben, die sich natürlich nur als indirekte Steuern auf den Massenkonsum auswirken werden. Damit soll politisch das Ende der Beherrschung der Kommune durch die Sozialdemokratie erreicht werden. Eine weitere Vorbereitung in dieser Hinsicht bilden auch Zwangsgesetze für den Gemeindeetat, durch die eine Ausgabenerhöhung unmöglich gemacht werden sollen. Wenn dies erreicht wird, so kann kein Zweifel bestehen, fällt auch die Liebesgabenpolitik der sozialistischen Parteifunktionäre für ihre Parteimitglieder fort.

Die Ziele des Kapitals werden von der kleinbürgerlichen „Welt am Montag" ganz klar formuliert. Es heißt darin: „Die öffentliche Hand erweist sich in dieser schweren Zeit als der schlimmste Ausbeuter des Volkes. Die Wirtschaftspolitik dieser Unternehmungen sei lediglich darauf eingestellt, einer gewissen Bürokratie das Dasein angenehm zu gestalten." Warum hetzt der Kleinbürger auch mit und unterstützt die Ziele des Großkapitals? Auch diese Frage liegt ganz klar. Er will dem auf ihn ausgeübten Druck zur Preissenkung dadurch ausweichen, daß er seinerseits durch Senkung seiner Produktionsunkosten seinen Profit erhält. Da diese sich neben den Arbeitslöhnen im wesentlichen aus den Unkosten für Elektrizität, Gas, Wasser, Gewerbesteuern zusammensetzen, so muß er wieder darauf dringen, daß bei diesen Tarifen eine Verbilligung einsetzt. Genau dasselbe Mittel wird gegenüber der Reichsbahn angewendet. Es wird eine 20prozentige Senkung der Gütertarife verlangt. Es ist eine alte Taktik des Privatkapitals, immer Erleichterungen von der öffentlichen Hand zu verlangen, um dann nachzuweisen, daß nicht kaufmännisch gearbeitet ist. Außerdem ist es ja auch nicht einzusehen, warum die der Regierung nahestehenden öffentlichen Betriebe nicht das Regierungsprogramm zuerst erfüllen sollen. Selbstverständlich wehrt sich die Reichsbahn gegen diese Zumutung. Sie berechnet, daß für das laufende Jahr ein Defizit von 200 Millionen in Frage kommt. Sie kann mit Recht darauf hinweisen, daß die Einnahmen in den ersten acht Monaten um 400 Millionen Mark zurückgegangen sind. Eine Tarifsenkung sei daher für sie untragbar. Außerdem behauptet sie, daß sich die Tarifsenkung in den Preisen nicht auswirken würde.

Die Verhältnisse, die bei den Betrieben der öffentlichen Hand vorliegen, sind auch bei den anderen kapitalistischen Unternehmen in mehr oder minder großem Ausmaße gegeben. Der rev. Arbeiterschaft kann es nur gelegen kommen, wenn endlich auch die Phrase von der preisregulierenden Wirkung der öffentlichen Betriebe zerstört und der Gemeindesozialismus der SPD. entlarvt wird. Sie würde nicht einen Finger dafür rühren, daß die städtischen Betriebe von dem Privatkapital gerettet werden. Die Zusammenhänge sind deshalb so ausführlich aufgezeigt, weil wir bald die Propaganda der SPD. und der Gewerkschaften zur Rettung der städtischen Betriebe erleben werden. Wenn trotz dieses Mißerfolges die Preise zurückgehen, so liegt dies an dem ungeheuren Rückgang der Weltmarktpreise für industrielle Rohstoffe und an dem Druck durch die schnellsinkende Konsumkraft der breiten Massen. Gerade in dem die Lebenshaltung der Arbeiterschaft am meisten berührenden Gebiet der Preise für Agrarprodukte wird das Verhalten der Regierung ungeheuer preissteigernd. Der Agrarminister Schiele hat am 26. Oktober 1930 den Zoll für den Doppelzentner Weizen auf 25,— Mark festgesetzt. Der Weltmarktpreis beträgt 11,— Mark. Infolge dieses Zolles kommt der deutsche Weizenpreis auf 24,— Mark den Doppelzentner, er ist also um mehr als 200 Prozent teurer. Der Kartoffelpreis beträgt beim Bauern 1,— Mark für den Zentner. Im Kleinhandel kosten die Kartoffeln 3,— Mark der Zentner. Der Roggen kostete 1925 200,— Mark die Tonne und Ende September 1930 160,— Mark. Dafür ist das Kilogramm Roggenbrot im Laden um 1 Pfennig pro Kilogramm gestiegen, trotzdem der Roggenpreis um 40,— Mark pro Tonne billiger geworden ist. Beim Brotmehl war eine Senkung von 1926 bis 1930 um 11,5 Prozent der Großhandelspreise, während gleichzeitig der Brotpreis sich um 5,4 Prozent erhöhte. Bei Schweinefleisch betrug im Jahre 1928 der Preis für je 50 kg 66,80 und der Ladenpreis 1,96. Heute ist das Verhältnis 60,50 zu 2,09, also trotz eines Rückganges um 6 Mark sind die Preise um 14 Pfennig pro Kilo teurer. Die Preise für Eier werden durch die künstliche Steigerung der Maispreise in unerhörter Weise in die Höhe getrieben. Die Futtergerste, welche vor dem Kriege mit 1,30 pro Doppelzentner verzollt wurde, ist jetzt mit 12 Mark Zoll belastet. Genau so verhält es sich mit Erbsen und Reis, bei denen trotz Senkung des Preises im Großhandel eine Erhöhung der Kleinhandelspreise eingetreten ist.

Die Kartelle denken ebenso wenig an einen Preisabbau. So liegen die Preise für deutsches Roheisen im Inland immer noch 70 Prozent über den Weltmarktpreisen. Allerdings wird zur Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit mit dem Auslande bei Export dem Fabrikant von den Eisenproduzenten eine Vergütung in der Höhe gewährt, daß er auf Grund der internationalen Eisenpreise kalkulieren kann. Dasselbe ist der Fall bei fast allen industriellen Grundstoffen. Die Inlandspreise sind künstlich weit über die Auslandspreise hinausgeschraubt.

Nach der offiziellen Statistik ist eine Verbilligung der Lebenshaltungskosten noch nicht im wesentlichen Ausmaß eingetreten. Der Gesamtindex ist seit Januar erst um rund fünf Punkte zurückgegangen. Er ist immerhin noch um 46,9 Prozent höher als in Friedenszeiten. Dies kommt daher, daß die Ermäßigung, welche eingetreten ist, durch eine Erhöhung der Kosten für Miete, Steuern und Verkehrstarife ausgeglichen wurde. Am besten wird der Unterschied dadurch klar, daß der Gesamtindex der Großhandelspreise 122,8, also 24,1 Punkte weniger beträgt. Diese Spanne erklärt sich aus der Steigerung der Profite des Einzelhandels, der allerdings nicht relativ, sondern nur absolut genommen vorhanden ist.

Der Widerstand gegen die Preissenkung ergibt sich somit aus der Struktur der kapitalistischen Wirtschaft selbst. Das kleine und mittlere Kapital wehrt sich auf diese Weise gegen die Auswirkungen der Krise. Aus politischen Gründen wagt das Großkapital nicht durch gesetzlichen Zwang eine Herabdrückung der Preise herbeizuführen, um eine weitere Radikalisierung dieser Schichten zu verhüten. Es erwartet von dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse diesen Zwang. Inzwischen führt es mit Energie den Lohnabbau durch. Die Preissenkung wird sich aber noch lange Zeit nicht in den Lebenshaltungskosten auswirken. Sie wird auch praktisch wertlos, wen sie eintritt, da die steigende Arbeitslosigkeit, der vermehrte Steuerdruck die Erhöhung der Soziallasten den Reallohn in der Zwischenzeit soweit gesenkt hat, daß die Kaufkraft der Arbeiterschaft dadurch in keiner Weise zunimmt. Selbst der „Vorwärts" muß bereits feststellen, daß die Krise allein das Lohneinkommen schon um 8 Prozent gesenkt hat. Diese Senkung wird mit dem Verlauf der Krise noch weiter fortschreiten. Dagegen nützen nicht scharfe Protestaktionen des ADGB., sondern lediglich rev. Handeln des Proletariats um den Sturz der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.